



CHEMISCHE INDUSTRIE

**JAHRESBERICHT
DER CHEMISCHEN
INDUSTRIE 2019**

INHALTSVERZEICHNIS

ARBEITSSCHWERPUNKTE

Chemikalienpolitik	6
Chemikalienrechtliche Maßnahmen werden stets herausfordernder; doch was bringt der „Green Deal“ für die Zukunft?	
Arbeitsschutz: Chemische Arbeitsstoffe im Fokus	9
Kreislaufwirtschaft	10
Bildung	12
Von Begeisterung wecken, über Begabte fördern bis zu Lehrer fortbilden	
Umwelt & Anlagenrecht	14
Gefahrguttransport – TUIS	16
Umstellung auf neues Gefahrgutrecht 2019 problemlos	
Forschung	17
Kollektivvertragsverhandlungen 2019	18
Sowohl für Arbeiter als auch für Angestellte einigte man sich im April über eine Erhöhung der Bezüge um 3,2 Prozent (IST) bzw. 3,4 Prozent (KV).	
Neuerungen bei Responsible Care	18
Energie & Klima	20
Das Klima in aller Munde – Klimawandel, Klimakrise, Klimaschutz	
Fortsetzung der erfolgreichen Werbekampagne	23
Veranstaltungen	24
RETHINKING PLASTICS – 10 Rezepte für nachhaltigen Kunststoff; Innovation Day Pharma, Stakeholderdialog Biobased Industry	

DIE CHEMISCHE INDUSTRIE

Pharmazeutische Industrie	30
Kunststoff	32
Pflanzenschutz	34
Düngemittel	35
Waschmittel, Kosmetik, Aerosole	36
Lackindustrie	38
Holzschutzmittel	39
Technische Gase	40
Bauklebstoffe	40
Kautschukverarbeitende Industrie	41
Bitumenemulsionsindustrie	42
Faserhersteller	42

ANHANG

Wirtschaftsbericht	44
Geschäftsverteilung	48
Fachverbandsausschuss der chemischen Industrie Österreichs	49
Fach- und Berufsgruppenausschüsse	50
Kontakt	51

IMPRESSUM

Herausgeber:
Fachverband der Chemischen Industrie Österreichs
 Wiedner Hauptstraße 63, 1045 Wien, Österreich

Redaktion & Text:
Fachverband der Chemischen Industrie Österreichs

Druck:
Donau Forum Druck Ges. m. b. H.
 www.donau-forum-druck.at



VORWORT



Prof. Ing. Hubert Culik, MAS
Obmann des FCIO

Sehr geehrte Leserin, sehr geehrter Leser,

seit Wochen bestimmt das Thema um COVID-19 unser Leben. In diesen Tagen wird deutlich, wie wichtig die chemische Industrie für unsere Gesundheit ist: Desinfektionsmittel, Impfstoffe, Seifen zum Händewaschen, Kunststoff als hygienisches Verpackungsmaterial für Lebensmittel, Vliese für Masken, Gummihandschuhe, Infusionsbeutel und noch viele weitere Medizinprodukte sind aus dem Alltag nicht mehr wegzudenken. Ohne Chemie wären wir Viren noch schutzloser ausgeliefert.

Nichtsdestotrotz ist die Branche von den wirtschaftlichen Auswirkungen der Pandemie stark betroffen. Für das Jahr 2020 erwarten Mitglieder teilweise Umsatzrückgänge zwischen 20 und 30 Prozent, für einen großen Teil ist Kurzarbeit ein Thema. Wann mit einer Erholung zu rechnen ist, wagt momentan niemand zu prognostizieren.

In der momentanen Krisensituation vergisst man, dass für die chemische Industrie bereits das Jahr 2019 recht turbulent war. Das erfreuliche Wachstum von 2018 bremste sich in der zweiten Jahreshälfte bedingt durch die allgemeine Konjunkturschwäche bereits deutlich ein, doch im Gegensatz zu anderen Branchen konnten wir letztendlich doch noch mit einem leichten Zuwachs abschließen.

Innenpolitisch war das Jahr 2019 durch die Ibiza-Affäre und die Neuwahl ungewöhnlich turbulent. Auch die EU-Wahl und die neue Kommission brachten viele Neuerungen auf europäischer Ebene. Unsere Branchenthemen standen von Beginn an stark im Fokus: Plastiksackerverbot, Glyphosat, Mikroplastik ... Wie sehr die Wichtigkeit von Umweltthemen zunimmt, zeigte auch der Green Deal der Europäischen Kommission.

Medial war das Jahr wie kein anderes geprägt von dem Schlagwort Klima. Leider bleiben bei der öffentlichen Diskussion Fakten und Argumente oft im Hintertreffen. Man gewinnt den Eindruck, es gibt nur noch Polarisierung mit Klimarettern auf der einen und Klimasündern auf der anderen Seite. Und auch die Politik ist vor diesen Vereinfachungen nicht gefeit.

Mit dem Green Deal der Europäischen Kommission und der nationalen Umsetzung kommt so einiges auf uns zu. Trotz der schweren Folgen der Pandemie auf die Weltwirtschaft plant die Regierung, an den Zielen festzuhalten. Auch die Wiederaufbauprogramme werden stark mit dem Thema Umwelt und Klimaschutz verknüpft sein.

Dass die Industrie ein Rückgrat für die wirtschaftliche Stabilität darstellt, hat sich bereits 2008 gezeigt, als Staaten mit einer starken Industrie besser durch die Wirtschaftskrise kamen. Was wir jetzt brauchen, ist ein Konjunkturpaket, das auf Beschäftigung, Wachstum und Investitionen abzielt. Der Fachverband wird sich dafür einsetzen, dass uns nicht mehr Regulierungen drohen, sondern dass wir Rückenwind für weitere Innovationen bekommen, mit denen wir aus der Krise heraustreten und gleichzeitig zu mehr Nachhaltigkeit beitragen können.

Doch Nachhaltigkeit darf nicht auf das Klima reduziert werden. Denn Innovation und Wirtschaftswachstum zählen ebenfalls zu den Nachhaltigkeitszielen der Vereinten Nationen. Allein mit 17 Lösungen aus der chemischen Industrie könnte der weltweite CO2-Ausstoß um ein Viertel gesenkt werden, hat eine Studie des ICCA kürzlich errechnet. Das macht deutlich, dass Klimaschutz nicht nur mit Auflagen erreicht werden kann. Der Fokus auf Zukunftsthemen wie etwa Kreislaufwirtschaft und Digitalisierung kann unsere Wettbewerbsfähigkeit erhöhen, während Regulierungen diese einschränken. Auf diese Weise könnte verhindert werden, dass Wertschöpfung außerhalb Europas stattfindet. Wie wichtig eine lokale Wertschöpfung ist, zeigt die aktuelle Krise mit unseren Abhängigkeiten von globalen Lieferketten deutlich.

Die bevorstehenden Monate bedeuten eine Herausforderung für uns alle, die wir nur gemeinsam bewältigen können. Da wir schon jetzt zeigen, wie unverzichtbar unsere Produkte sind, und die chemische Industrie über eine ungewöhnlich starke Innovationskraft verfügt, habe ich das Vertrauen, dass unsere Branche die Krise besser als andere überstehen wird. Für den steinigen Weg in naher Zukunft wünsche ich all unseren Mitgliedern Kraft und Zuversicht, aber vor allem jedem Einzelnen Gesundheit!

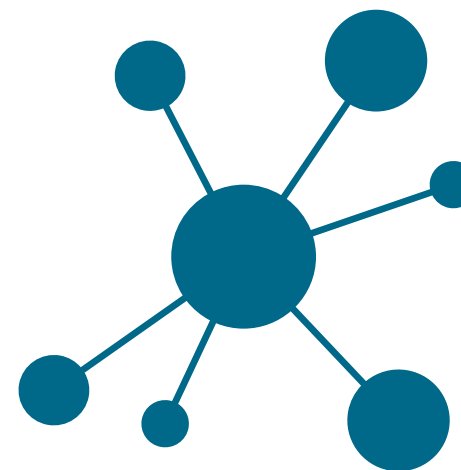
Ihr Obmann

Hubert Culik



ARBEITSSCHWERPUNKTE

Als Interessensvertretung der chemischen Industrie erarbeitet der FCIO Positionen der Branche zu den Themengebieten Chemikalienrecht, Energie, Klima- und Umweltschutz, Anlagenrecht, Arbeitsschutz, Abfallrecht, Forschung, Bildung und vieles mehr. Weiters kümmert sich der Fachverband um die Öffentlichkeitsarbeit des Sektors. Eine wichtige Rolle spielt auch die Vertretung der Arbeitgeberseite bei den Kollektivvertragsverhandlungen.



Chemikalienpolitik	6
Arbeitsschutz: Chemische Arbeitsstoffe im Fokus	9
Kreislaufwirtschaft	10
Bildung	12
Umwelt & Anlagenrecht	14
Gefahrguttransport – TUIS	16
Forschung	17
Kollektivvertragsverhandlungen 2019	18
Neuerungen bei Responsible Care	18
Energie & Klima	20
Fortsetzung der erfolgreichen Werbekampagne	23
Veranstaltungen	24



CHEMIKALIENPOLITIK

Chemikalienrechtliche Maßnahmen werden stets herausfordernder; doch was bringt der „Green Deal“ für die Zukunft?

Foto: © AdobeStock/Romolo Tavani

Qualität der Registrierungs dossiers entscheidend für die zukünftige Entwicklung von REACH

Über das letzte Jahrzehnt wurde im Rahmen der Verordnung zur Registrierung, Evaluierung und Autorisierung von Chemikalien, kurz REACH, die weltgrößte, öffentlich zugängliche Chemiedatenbank etabliert. Informationen zu den Eigenschaften und der sicheren Verwendung von mehr als 22.750 Stoffen wurden bisher im Rahmen der REACH Registrierungen gesammelt. Die Herausforderung für die Unternehmen der chemischen Industrie, die Dossiers auf aktuellem Stand zu halten, ist mindestens ebenso groß wie die ursprüngliche Registrierung. Die Qualität der Registrierungs dossiers ist entscheidend für die Akzeptanz von REACH bei den Behörden und allen anderen Stakeholdern. Neben dem freiwilligen Aktionsplan von CEFIC zur Verbesserung der Dossierqualität, wurden

mehrere Implementierungsrechtsakte zur Klarstellung der Aktualisierungspflichten sowie zur Verbesserung der Bewertung der Registrierungs dossiers durch die europäische Chemikalienagentur beschlossen.

Eines darf bei allem Fokus auf die Registrierung nicht vergessen werden: Die Übermittlung der Dossiers an die europäische Chemikalienagentur ist nur der Startschuss unter REACH. Die nach der Evaluierung durch ECHA oder die Mitgliedstaaten vorgeschlagenen Risikomanagementmaßnahmen sind bei weitem ressourcenintensiver. Die Zulassung wird gerne als Startschuss für die Substitution von besonders besorgniserregenden Stoffen gesehen und gewinnt immer mehr an Bedeutung: 201 Stoffe wurden bis Anfang

2020 als Zulassungskandidaten identifiziert, darunter Stoffe, die als Lösungsmittel und Katalysatoren für Teilbereiche der chemischen Industrie unverzichtbar sind. 43 Stoffe unterliegen bereits dem Zulassungsverfahren, elf weitere werden in Kürze folgen. Die Möglichkeiten und Grenzen der Substitution wurden Ende Jänner 2020 Gegenstand des Workshops „Problematische Chemikalien ersetzen“, den der Fachverband gemeinsam mit dem Umweltministerium und der umweltpolitischen Abteilung der WKÖ organisierte, diskutiert.

Zusätzlich wachsen die Verwendungsbeschränkungen von Stoffen unter REACH ständig weiter. Wesentliche Produktbereiche der chemischen Industrie können davon betroffen sein, jüngste Vorschläge betreffen beispielsweise Siloxane oder Diisocyanate. Die wohl politisch bedeutendste Beschränkung, die derzeit in Diskussion steht, ist die Beschränkung von Mikroplastik in verschiedensten Gemischen.

Doch welche Eigenschaften machen Stoffe besorgniserregend und damit zum Gegenstand von regulatorischen Risikomanagementmaßnahmen? Der Fokus im Chemikalienrecht verschiebt sich von den klassischen CMR – Eigenschaften mehr und mehr auf endokrine Disruptoren und andere umweltrelevante Eigenschaften, wie Persistenz, Bioakkumulation und Mobilität. Hier ist insbesondere auch die Schnittstelle zum Abfallrecht zu beachten: Die europäische Chemikalienagentur arbeitete 2019 mit Hochdruck an einer Datenbank für SVHC-Stoffe in Erzeugnissen, um die Möglichkeiten des stofflichen Recyclings zu steigern – eines der Hauptziele des EU-Kreislaufwirtschaftspakets. Dass auch intensiv über künftige Registrierungen von bestimmten Polymeren im Rahmen von REACH nachgedacht wird, ist angesichts der Kunststoffstrategie wenig verwunderlich. Der Schwerpunkt liegt jetzt an der Ausgestaltung von technisch-wissenschaftlichen Kriterien für derartige Polymere, die in Zukunft einer Registrierung unterliegen sollen.

Foto: © AdobeStock/motorlotion

Auch andere stoffrechtliche Regelungen stellen beachtliche Herausforderungen dar!

Harmonisierte Einstufungen und umfangreiche Rezepturmeldung von Gemischen als CLP

Einstufung, Kennzeichnung und Verpackung von Gemischen nach den Regeln des UN-GHS sind 10 Jahre nach Inkrafttreten der CLP-Verordnung bereits zur Selbstverständlichkeit geworden. Trotzdem wird der Aufwand zur Erfüllung aller CLP-Pflichten nicht weniger. 2020 steht sicherlich für viele Mitgliedsunternehmen im Zeichen der Vorbereitung auf die neue Rezepturmeldung von Gemischen an die Vergiftungsinformationszentralen, deren Beginn auf Anfang 2021 verschoben wurde. Die EU-weiten Vereinheitlichungen und ein zentrales Übermittlungsportale, für das sich der Fachverband intensiv eingesetzt hat, sollten

auf längere Sicht Einsparungspotential bringen. Weiters stellen ständig neue, überarbeitete Vorschläge für harmonisierte Einstufungen beachtliche Herausforderungen dar. Die Neueinstufung von pulverförmigem Titandioxid als „möglicherweise krebserzeugend“ ist das beste Beispiel dafür. Aber auch die Umstufung von vielen Wirkstoffen für Pflanzenschutzmittel und Biozidprodukte (z.B. Propiconazol, MIT) bringt gravierende Konsequenzen mit sich; primär aufgrund der direkten rechtlichen Verknüpfung der Einstufung mit dem Risikomanagement von Chemikalien. Eine Analyse der EU-Kommission zu den Auswirkungen der CLP-Verordnung auf die nachgelagerten Rechtsmaterien zeigt hier doch einen erheblichen Verbesserungsbedarf. ▶



Corona-Krise als Belastungstest für EU-Biozidprodukteverordnung

Neben REACH und CLP ist das Biozidrecht für die betroffenen Unternehmen des Fachverbandes besonders herausfordernd. Wie sehr, zeigt sich in der aktuellen Krisensituation. Desinfektionsmittel können - wie auch alle anderen Biozidprodukte - nicht mehr ohne umfangreiche EU-Bewertung der Wirkstoffe und Produktzulassung in Verkehr gebracht werden. Der Fachverband bemühte sich gemeinsam mit der Wirtschaftskammer daher aktiv, eine Ausnahmegenehmigung für seine Mitglieder zu erhalten, um die Verfügbarkeit der notwendigen Produkte, aber vor allem auch der dafür notwendigen Rohstoffe sicherzustellen. Um auf derartige Ausnahmesituationen rascher reagieren zu können, ist künftig jedenfalls eine Änderung der EU-rechtlichen Rahmenbedingungen notwendig.

Kritisch werden die Auswirkungen des Biozidrechts auf die Verfügbarkeit von Konservierungsmitteln gesehen. Eine ganzheitliche Betrachtung anstelle von isolierten Bewertungen einzelner Konservierungsmittel ist die Hauptforderung des Fachverbandes. Die Anzahl hat sich in den letzten Jahren von mehr als 140 auf etwa 50 drastisch reduziert; und auch diese stehen aufgrund der biozidrechtlichen Vorgaben vor dem Aus. Neue innovative Wirkstoffe sind nicht in Sicht. Neben der verschärften Einstufung gemäß CLP-Verordnung spielen hier auch die Kriterien für endokrine Disruptoren eine entscheidende Rolle, die Wirkstoffe automatisch zu Substitutionskandidaten machen.

Neue Regelungen auch für Düngemittel

Ebenfalls auf europäischer Ebene neu überarbeitet wurden im abgelaufenen

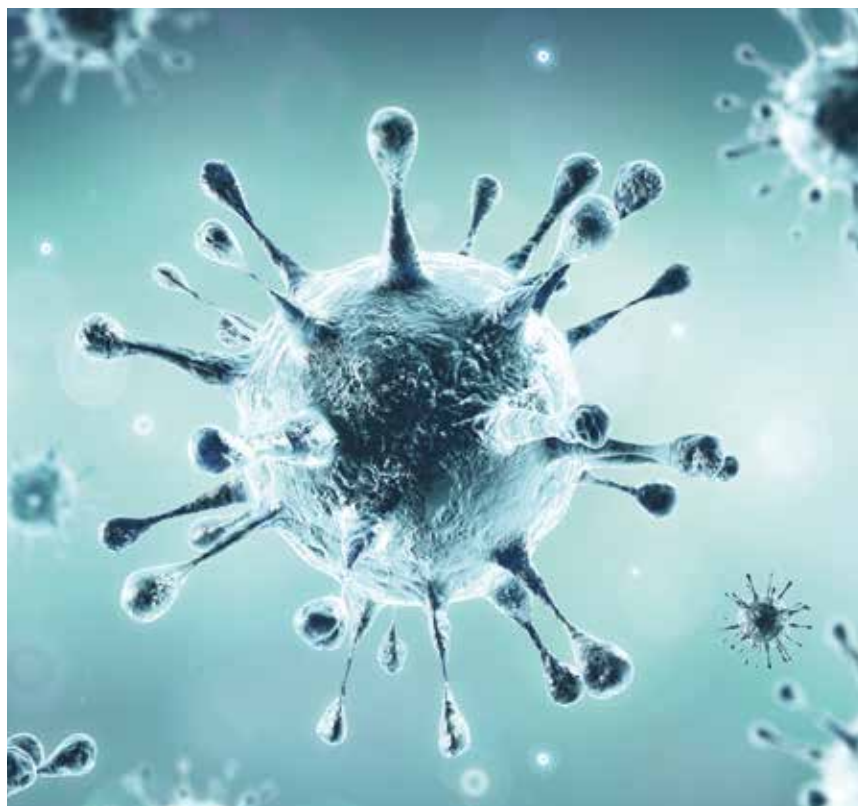


Foto: © AdobeStock/RomoloTavani

Jahr die Regelungen zu Düngemitteln. Diese EU-Verordnung erfasst nun alle Arten von Düngemitteln (mineralische und organische Düngemittel, Bodenverbesserungsmittel, Kultursubstrate, etc.) und wird im Jahr 2020 in Österreich verankert.

Alles neu durch den „Green Deal“ der EU-Kommission?

All die bereits bestehenden stoffrechtlichen Regelungen haben eines gemeinsam: sie stellen die chemischen Industrie trotz intensiver Vorbereitung und Unterstützung durch zahlreiche Initiativen des Fachverbandes bereits jetzt vor eine gewaltige Herausforderung.

Doch der kürzlich von der EU-Kommission vorgestellte „Green Deal“ lässt weitere Verschärfungen befürchten. Begriffe, wie

„Zero pollution action plan“ zur Verringerung der Verschmutzung von Luft, Wasser und Boden, Verringerung der Verschmutzung durch überschüssige Nährstoffeinträge, Mikroplastik und Arzneimittel sowie Strategie zur Förderung chemischer Innovationen für eine „schadstofffreie Umwelt“ werden wohl nicht nur Schlagworte bleiben.

Zu hoffen bleibt, dass jede Weiterentwicklung des europäischen Stoffrechts aus dem Blickwinkel der Verhältnismäßigkeit und der sozio-ökonomischen Auswirkungen betrachtet wird und nicht einem reinen Vorsorgeprinzip der Vorrang gegeben wird. Denn nur mit einer starken chemischen Industrie in Österreich und Europa können die Kernanliegen des „Green Deals“, nämlich Klimaschutz und Dekarbonisierung, wirklich umgesetzt werden.

Ihre Experten für Chemikalienrecht:



Dr. Christian Gründling
Telefon: 05/90 900 3348
gruending@fcio.at



Dr. Susanne Gfatter
Telefon: 05/90 900 3369
gfatter@fcio.at



Dr. Dominique Schröder
Telefon: 05/90 900 3373
schroeder@fcio.at

ARBEITSSCHUTZ: CHEMISCHE ARBEITSTOFFE IM FOKUS

Auf europäischer Ebene stellte in den letzten Jahren der sichere Umgang mit chemischen Arbeitsstoffen einen Schwerpunkt dar. Im Rahmen der Karzinogene-Richtlinie wurden viele bedeutende krebserzeugende Arbeitsstoffe in drei Paketen mit einem verbindlichen EU-weiten Grenzwert versehen. Die erste Tranche mit 13 Stoffen bzw. Reaktionsprodukten wird noch im ersten Halbjahr 2020 national in der Grenzwertverordnung verankert. Zusätzlich wurde auf europäischer Ebene die fünfte Liste von Richtgrenzwerten verabschiedet. Diese und die beiden weiteren Änderungen der Karzinogene-Richtlinie sind bis 2021 national umzusetzen und die Vorarbeiten dazu werden heuer beginnen.

Unterstützt werden die gesetzlichen Regelungen durch die Kampagne der EU-OSHA zur sicheren Verwendung von Arbeitsstoffen. Die Bedeutung des Arbeitsschutzes,

insbesondere einer sorgfältig durchgeführten Arbeitsplatzevaluierung zeigt sich nun besonders in Zeiten der Coronakrise. Nur durch die gute Vorbereitung der chemischen Industrie und ein rasches Anpassen der Bedingungen am Arbeitsplatz konnte die Produktion trotz der einzigartigen Pandemiesituation aufrechterhalten werden.

Die Verwendung geeigneter Risikomanagementmaßnahmen am Arbeitsplatz ist allerdings nicht mehr nur Gegenstand des Arbeitsschutzrechts, sondern auch des Chemikalienrechts. Mit der Expositionsbeurteilung bei der Registrierung von Stoffen unter REACH verschwimmen oft die Grenzen zwischen Arbeitsschutz und Stoffrecht. Zusätzlich werden durch Beschränkungen im EU-Chemikalienrecht vermehrt Arbeitsplatzregelungen verankert. Ein Beispiel dafür ist der Grenzwert für N-Methylpyrrolidon (NMP) für die

industrielle und gewerbliche Verwendung in REACH Anhang XVII. Weitere REACH-Beschränkungen zu Dimethylformamid – DMF oder Diisocyanaten, die lediglich den Arbeitsschutz betreffen, sind in Diskussion und werden voraussichtlich 2020 beschlossen. Dies löst EU-weit, aber auch national eine intensive Diskussion zur Schnittstelle zwischen REACH und Arbeitsschutz aus, die uns im kommenden Jahr sicherlich ebenso begleiten wird, wie die Aufnahme von reproduktionstoxischen Arbeitsstoffen in die Karzinogene-Richtlinie.



Ihr Ansprechpartner für Arbeitsschutz:
Dr. Christian Gründling
Telefon: 05/90 900 3348
gruending@fcio.at



Foto: © AdobeStock/NicoElNino

KREISLAUF- WIRTSCHAFT

Das Thema Kreislaufwirtschaft gehört sowohl auf EU-Ebene als auch in den einzelnen Mitgliedsstaaten zu den wichtigsten Prioritäten der letzten Jahre und wird auch in Zukunft noch von Bedeutung sein. Mit dem Anfang Juli 2018 veröffentlichten Legislativpaket wird der europäische Rechtsrahmen im Abfallrecht nachhaltig geändert, indem in der Abfallwirtschaft die Weichen hin zur Schaffung einer Kreislaufwirtschaft gestellt werden. Österreich liegt mit seinen Recyclingraten bei Siedlungsabfällen im europäischen Spitzenfeld, da es größtenteils bereits frühzeitig Maßnahmen gesetzt und auf Deponierung verzichtet hat. Kunststoffabfälle bilden in der Kreislaufwirtschaft ein Schwerpunktthema.

Was hat sich nun 2019 im Bereich Kreislaufwirtschaft getan?

Die Europäische Kommission hat einen umfassenden Bericht über die Umsetzung des im Dezember 2015 angenommenen Aktionsplans für die Circular Economy veröffentlicht. Der Bericht stellt die wichtigsten Ergebnisse der Umsetzung des Aktionsplans vor und skizziert offene Herausforderungen, um den Weg zu einer klimaneutralen, wettbewerbsfähigen Kreislaufwirtschaft zu ebnet, in der der Druck auf Ressourcen sowie auf Ökosysteme minimiert wird.

Die Europäische Kommission ist der Ansicht, dass der Aktionsplan mit seinen 54 Maßnahmen als vollständig abgeschlossen angesehen werden kann. Nach den Ergebnissen des Berichts hat die Umsetzung des Aktionsplans für die Kreislaufwirtschaft den Übergang zu einer Kreislaufwirtschaft in Europa beschleunigt, was wiederum dazu beigetragen hat, dass die EU wieder auf dem Weg zur Schaffung von Arbeitsplätzen steht.

Die Kreislaufwirtschaft hat laut Kommission auch neue Geschäftsmöglichkeiten eröffnet, neue Geschäftsmodelle geschaffen und neue Märkte innerhalb und außerhalb der EU erschlossen. Im Jahr 2016 führten zirkuläre Aktivitäten wie Reparatur, Wiederverwertung oder Recycling zu einer Wertschöpfung von fast 147 Milliarden Euro, während Investitionen im Wert von rund 17,5 Milliarden Euro getätigt wurden.

Kreislaufwirtschaft – 2. Runde – im Rahmen des Green Deal

Eine geplante Maßnahme des Green Deals ist ein neuer Aktionsplan zur Kreislaufwirtschaft, der New Circular Economy Action Plan (CEAP). Dieser soll die Industrie in der EU stärken und zugleich den Kampf gegen den Klimawandel voranbringen sowie die Umwelt schützen.



Foto: © AdobeStock/YuttanaStudio

Ziel des CEAP ist eine nachhaltigere Ressourcennutzung und somit ein geringerer Verbrauch – und zwar insbesondere in den als „ressourcenintensiv“ eingestuften Sektoren Textil- und Bauwirtschaft sowie Elektronik- und Kunststoffproduktion. Der Plan soll die weitere Entwicklung weg von einer linearen hin zu einer zirkulären Wirtschaft beschleunigen. Laut der Roadmap besteht hier aufgrund des nach wie vor steigenden Ressourcenverbrauchs, des niedrigen Sekundärmaterialbedarfs und steigender Abfallmengen bei hohen Verbrennungs- und Deponierungsquoten nach wie vor großer Handlungsbedarf.

- Folgendes soll mit der Initiative laut Roadmap erreicht werden:
- Förderung von Design, Produktion und Vermarktung nachhaltiger Produkte
 - Vermeidung umweltschädlicher Produkte
 - Vorrang Reuse & Repair vor Recycling
 - Vergleichbare, verifizierbare und vertrauenswürdige Konsumentinneninformation über die Nachhaltigkeit von Produkten
 - Modernisierung des Abfallrechts in Richtung Kreislaufwirtschaft
 - Abfallbehandlung im Inland, Hintanhaltung von Abfallexporten
 - Förderung eines funktionierenden Sekundärrohstoffmarktes mit sicheren und wettbewerbsfähigen Produkten

→ Fokus auf die sogenannten „high-impact sectors“ Textil-, Bau- und Elektroindustrie; im Bereich Kunststoff werden sich die Maßnahmen insbesondere auf Mikroplastik beziehen.

Der FCIO begrüßt die Ziele des neuen Aktionsplans für Kreislaufwirtschaft, insbesondere die Absicht, die Wettbewerbsfähigkeit der EU zu stärken und den Unternehmen Hilfestellungen zu bieten, sich auf eine „grüne Zukunft“ vorzubereiten. Sekundärrohstoffe für Unternehmen der EU leichter und in einer höheren Qualität verfügbar zu machen schützt Unternehmen vor außereuropäischen Abhängigkeiten. Für Unternehmen muss jedoch ein gangbarer Rahmen geschaffen werden.

Gleichzeitig wird darauf hingewiesen, dass die Umsetzung des ersten Kreislaufwirtschaftspakets inklusive der Europäischen Kunststoffstrategie noch lange nicht abgeschlossen ist. Bereits jetzt neue Ziele zu verordnen, bringt die europäische Wirtschaft in einen deutlichen Wettbewerbsnachteil. Nach wie vor fehlen EU-weit harmonisierte Definitionen von Rezyklat und Rezyklierbarkeit von Verpackungen, sowie eine einheitliche Tracking- und Sortiertechnologie. Ohne diese Festlegungen scheitert eine sinnvolle, konzertierte Produktentwicklung, die zur Zielerfüllung beiträgt.

Kreislaufwirtschaft im Corona-Schock

Die Staatshaushalte sind momentan mit dem Abfedern der Corona-Maßnahmen schwer belastet. Hier stellt sich natürlich die Frage nach einer Neuausrichtung der Investitionspolitik der EU und nach einer Verschiebung des Green Deals ebenso wie der Recyclingziele. Doch weder die Kommission noch das Bundesministerium für Klimaschutz planen derzeit, von der eingeschlagenen Linie abzuweichen. Für Umweltministerin Leonore Gewessler ist Klimaschutz das beste Konjunkturpaket, um aus einer Wirtschafts- und Arbeitsmarktkrise zu führen.



Ihre Ansprechpartnerin für Kreislaufwirtschaft:
Dr. Susanne Gfatter
Telefon: 05/90 900 3369
gfatter@fcio.at

BILDUNG

Von Begeisterung wecken, über Begabte fördern bis zu Lehrer fortbilden

Um die Begeisterung für das Fach Chemie zu fördern, setzte der FCIO 2019 seine zahlreichen Kooperationen mit dem Verband der Chemielehrer (VCÖ) fort. Kinder von 110 weiteren Volksschulen konnten sich 2019 über den beliebten Chemiekoffer freuen, mit dem sie erste naturwissenschaftliche Experimente wagen können.

Bereits 970 Volksschulen sind österreichweit mit den Experimentiersets ausgestattet, das entspricht etwa einem Drittel aller Schulen. Auch für 2020 ist eine Fortführung dieses Projektes geplant.

Ein weiterer Schwerpunkt war der größte naturwissenschaftliche Projektwettbewerb. Als Hauptsponsor rief der Fachverband Österreichs Schulen dazu auf, sich am Wettbewerb mit dem Motto „ALLES CHEMIE – nachhaltig und innovativ“ zu beteiligen. Mehr als 210 Schulen, 16.800 motivierte Schülerinnen und Schüler unterstützt von 625 engagierten Lehrern nahmen teil. Damit ist der Projektwettbewerb die größte naturwissenschaftliche Initiative an Österreichs Schulen. Zu gewinnen gab es 39 Sonderpreise zu je 700 Euro sowie neun Hauptpreise zu je

2000 Euro in Form von Geräte- und Chemikaliengutscheinen. Zusätzlich konnte sich jede teilnehmende Schule über Schülerversuchsgeräte im Wert von 1000 Euro als Starthilfe freuen.

Ein weiterer Wettbewerb, für den der Fachverband drei 3D-Drucker als Preise zur Verfügung stellte, war die Mystery Challenge der Waltzing Atoms – einer Chemie-App für das Klassenzimmer. Unter dem Motto „Die Welt der Farben“ konnten die teilnehmenden Schulklassen Videos einschicken, die von einer Jury bewertet wurden.

Auch in die Ausbildung der Lehrer wurde investiert. Hier ging es vor allem darum, erfahrenen Pädagogen neue Ideen für Experimente zu vermitteln, aber auch unerfahreneren und teilweise ungeprüften Lehrern die Hemmung vor dem Experimentieren zu nehmen. Weiters unterstützte der Fachverband den Chemielehrerkongress des VCÖ sowie eine

Tagung der Gesellschaft für die Didaktik der Chemie in Wien, bei der sich Fachdidaktiker fortbilden und austauschen konnten.

Besonders für den Forschernachwuchs spielt die Begabtenförderung eine bedeutende Rolle. Der Fachverband unterstützte die Prämierung der besten vorwissenschaftlichen Arbeiten aus dem Bereich der Chemie sowie die Chemie-Olympiade, bei der die talentiertesten Schüler aus allen Bundesländern gegeneinander antreten. Für ausgewählte Teilnehmer an der Bundesolympiade für Chemie sponserte der Fachverband ein mehrtägiges Chemiecamp in Wien, bei dem die Jugendlichen Einblicke in den Forscheralltag gewinnen konnten.

Zum Jahresende besuchte der Fachverband noch den Bildungsdirektor von Wien, mit dem nun gemeinsam für das kommende Schuljahr ein „Jahr der Chemie“ an Wiens Schulen geplant wird.



Foto: © marko's photography

Internationales Jahr des Periodensystems

Der russische Chemiker Dimitri Mendelejew und der deutsche Chemiker Lothar Meyer haben unabhängig voneinander fast zeitgleich im Jahr 1869 den chemischen Elementen durch das Periodensystem eine Ordnung gegeben. 2019 jährte sich diese Entdeckung zum 150. Mal. Die Vereinten Nationen und die UNESCO haben das Jahr 2019 daher zum International Year of the Periodic Table of Chemical Elements ausgerufen. Der Fachverband nahm dies zum Anlass und entwickelte ein Wörtersuchspiel mit chemischen Elementen. Diese Spiele erhielten unter anderem alle 17.000 Teilnehmer des Projektwettbewerbs „Alles Chemie – nachhaltig und innovativ“.



Ihre Expertin für (Aus-)bildungsthemen:
Mag. Dorothea Pritz
 Telefon: 05/90 900 3364
 pritz@fcio.at



Ein Wettbewerb mit Rekorden

Der Projektwettbewerb des VCÖ, bei dem der Fachverband wieder Hauptsponsor war, brach 2019 wieder alle Rekorde und galt somit als größter naturwissenschaftlicher Schulwettbewerb. Mehr als 16.800 Schüler und Schülerinnen forschten und entdeckten zum Thema „ALLES CHEMIE – nachhaltig und innovativ“. Bei einer großen Abschlussveranstaltung wurden die neun Hauptpreise zu je 2000 Euro an die Schulen überreicht.



Foto: © marko's photography



UMWELT & ANLAGENRECHT

„Beste verfügbare Technik“ für chemische Prozesse

Mit der EU-Richtlinie 2010/75/EU über Industrieemissionen (IE-RL) wurden die Anwendung der „besten verfügbaren Technik“ und die Verbindlichkeit von BREFs (Best Available Technique Reference Documents) erhöht. Der Fachverband begleitet daher schon seit vielen Jahren die Novellierung und Neuerstellung chemiespezifischer sowie relevanter sektorübergreifender BREFs. Dies geschieht einerseits durch Mitarbeit in den jeweiligen nationalen Arbeitskreisen des Umweltbundesamtes sowie in den relevanten BREF-Arbeitsgruppen des europäischen Chemieverbandes CEFIC.

Von großer Bedeutung ist das neue **BREF WGC** (Waste Gas Treatment in the Chemical Sector), mit dem für den gesamten Sektor der chemischen Industrie die beste verfügbare Technik im Bereich Abluftbehandlung erarbeitet werden soll. Nachdem im zweiten Halbjahr 2018 ein europaweiter Datenerhebungsprozess innerhalb der chemischen Industrie durchgeführt wurde, hat das Europäische IPPC-Büro (EIPPCB) in Sevilla – nach Auswertung der Daten – Ende November 2019 einen ersten Entwurf dieses BREFs veröffentlicht. Neu sind insbesondere die geplanten Regelungen für diffuse Emissionen von flüchtigen organischen Verbindungen (VOC). Für das 4. Quartal 2020 ist in Folge das „Final Meeting“ geplant, mit dem das BREF WGC auf Ebene der Technical Working Group (TWG) finalisiert werden soll. Mit einer Veröffentlichung des BREFs ist in Folge im Jahr 2021 zu rechnen.

Wasserpolitik

Auf nationaler Ebene war der Fachverband im Jahr 2019 an der Umsetzung zweier chemie-relevanter BREFs in die entsprechenden Abwasseremissionsverordnungen involviert: das BREF LVOC (organische Grundchemikalien) sowie das BREF LCP (Großfeuerungsanlagen). Das BMNT hat dazu entsprechende Expertenarbeitsgruppen eingerichtet, unter Beteiligung von Behördenvertretern, Industrieexperten und dem Fachverband.

Als Mitglied des ÖWAV Arbeitsausschusses Spurenstoffe konnte der Fachverband 2019 vor allem zum Schwerpunkt Mikroplastik Industrie-Know-how einbringen. Ein entsprechendes ÖWAV-Arbeitspapier zum Thema Mikroplastik soll 2020 finalisiert werden.

Emissionsgesetz Luft – Maßnahmenprogramm

Gemäß EU-NEC-Richtlinie war 2019 das nationale Luftreinhalteprogramm (Maßnahmenprogramm für Schadstoffe wie Feinstaub, SO₂, NO_x, NMVOC und NH₃) an Brüssel zu übermitteln. Der Fachverband hat im Vorfeld insbesondere zum Thema flüchtige organische Verbindungen (NMVOC) entsprechende Daten zur Verfügung gestellt. Damit konnte nachgewiesen werden, dass in den vergangenen Jahren bereits größere Fortschritte in der Schadstoffvermeidung erzielt wurden als angenommen. Hinzu kam ein sehr konstruktiver und zielorientierter Dialog mit dem BMNT. Dies entspannt nun auch die gesamte Zielerreichung für 2020 bis 2030 maßgeblich.



Ihr Experte für Umwelt- und Anlagenrecht:

Dr. Reinhard Thayer
Telefon: 05/90 900 3365
thayer@fcio.at

Foto: © AdobeStock/AndreiMerkulov





Foto: © AdobeStock/279photo

GEFAHRGUTTRANSPORT – TUIS

Umstellung auf neues Gefahrgutrecht 2019 problemlos

Mitte 2019 war es wieder soweit: geänderte rechtliche Regeln für den Transport von gefährlichen Gütern auf Straße (ADR), Schiene (RID), Binnen- (ADN) und Hochseeschifffahrt (IMDG) und Luftfahrt (ICAO/IATA) traten in Kraft. Diese Neuerungen brachten keine wirklich tiefgreifenden Änderungen für den Transport von Chemikalien mit sich und alle Unternehmen der chemischen Industrie konnten daher die Umstellung ohne nennenswerte Probleme meistern. Die relevantesten Neuerungen im ADR/RID betrafen die Neufassung der Einstufungskriterien für ätzende Gemische durch die Anpassung an die bereits geübte Praxis.

Jetzt gilt es bereits die kommenden Änderungen zu beobachten. Bis spätestens 2022 müssen alle Absender einen Gefahrgutbeauftragten benennen. Weitere Änderungen der gefahrgutrechtlichen Regeln werden heuer im Herbst beschlossen.



Ihr Ansprechpartner für Gefahrgutrecht:

Dr. Christian Gründling
Telefon: 05/90 900 3348
gruendling@fcio.at

Fachverbandsmitglieder und andere interessierte Kreise werden im Rahmen des Workshops „Chemikalien Sicher Transportieren – CST 2020“ auf die kommenden Änderungen vorbereitet.

TUIS hilft, wenn's doch passiert

Die größtmöglichen Bemühungen um den sicheren Transport von Chemikalien sind für die Unternehmen der chemischen Industrie zur Selbstverständlichkeit geworden. Im Sinn von Responsible Care wird versucht, alle technischen und organisatorischen Maßnahmen zu treffen, um Unfälle und Zwischenfälle mit Gefahrgütern zu vermeiden. Sollte es trotz aller Vorkehrungen dennoch zu Gefahrgutunfällen kommen, so unterstützen Mitgliedsbetriebe des Fachverbandes seit mehr als 25 Jahren die zuständigen Einsatzkräfte, zu meist Feuerwehren, im Rahmen des Transport-Unfall-Informations- und Hilfeleistungssystems, kurz TUIS (www.tuis.at).

Voraussetzung für eine gute Zusammenarbeit ist vor allem der persönliche Kontakt zwischen TUIS-Betrieben und Einsatzkräften. Aus diesem Grund veranstaltet der Fachverband regelmäßig eine TUIS-Konferenz in einem anderen

Bundesland. Gemeinsam mit dem Landesfeuerwehrverband Oberösterreich organisierte der Fachverband am 6. September 2019 die TUIS-Fachtagung in der Landesfeuerwehrschule in Linz. Etwa 70 Teilnehmer aus dem Feuerwehrewesen in Oberösterreich und von TUIS-Betrieben der chemischen Industrie diskutierten am Vormittag intensiv über Zusammenarbeit bei Gefahrstoffeinsätzen. Die Möglichkeiten, aber auch die Grenzen der Unterstützung im Rahmen von TUIS wurden anhand von konkreten Beispielen ebenso vorgestellt wie die Organisation und die Ausrüstung des Landesfeuerwehrverbandes Oberösterreich bei Unfällen mit Gefahrgütern.

Am Nachmittag wurde der Erfahrungsaustausch bei einer Präsentation von Spezialfahrzeugen und -ausrüstungen für den Schadstoffeinsatz fortgesetzt. Die Fachtagung hat gezeigt, dass Unfälle mit Gefahrgütern zwar immer seltener werden, es aber trotzdem notwendig ist, auf alle Eventualitäten vorbereitet zu sein. Eine gute Vorbereitung und gemeinsame Zusammenarbeit zwischen Einsatzkräften und der chemischen Industrie kann im Fall des Falles die Auswirkungen stark reduzieren.

FORSCHUNG

Aufgrund der steigenden Bedeutung des Innovationsystems für die Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft und insbesondere der Industrie ist erhöhte Aufmerksamkeit auf allen politischen Ebenen zu beobachten, womit die Aktivitäten des Fachverbandes auf fruchtbaren Boden fallen.

Aufgrund dieser Tatsache und des Wunsches nach Verstärkung der Aktivitäten des Fachverbandes aus der Mitgliederbefragung, wurde eine Arbeitsgruppe für Forschungsfragen im Fachverband eingerichtet. Diese hat im November 2019 ihre Arbeit aufgenommen und wird sich in regelmäßigen Abständen mit strategischen Forschungsthemen beschäftigen.

Im Jahr 2019 beherrschte die Arbeit am neuen Forschungsrahmenprogramm „Horizont Europa“ die Arbeit in der Interessenvertretung. Dieses soll ein Fördervolumen von rund 100 Milliarden Euro umfassen, wobei die durch den Brexit ausgelösten Budgetzwänge noch ein veritables Tauziehen um das tatsächlich zur Verfügung gestellte Budgetvolumen ausgelöst haben. Auf operativer Ebene gibt es Bemühungen, die Durchführung von Projektanträgen zu entbürokratisieren.

In thematischer Hinsicht ist die „Innovative Health Initiative“ von Bedeutung. Sie ist das Nachfolgeprojekt für die sehr erfolgreiche Innovative Medicines Initiative. Als private Partner werden in Zukunft nicht alleine EFPIA, sondern eine Reihe von europäischen Dachverbänden, insbesondere auch aus dem Medizinproduktebereich, aufgenommen. Mithilfe der Partnerschaft für ein kreislauforientiertes, biobasiertes Europa sollen wichtige Ansätze für Biomasse als Rohstoff für die Industrie und die Bewirtschaftung in Kreisläufen kombiniert vorangetrieben werden.

Auch hinsichtlich des neuen Merkmals der Missionsorientierung laufen die Vorbereitungen intensiv. Vorrangig wird die Mission „Bekämpfung von Krebs“ als Unterstützung für die „Innovative Health Initiative“ wirken. Auch die Missionen zu Klimaschutz und Bodengesundheit werden

freilich die Forschung in der chemischen Industrie unterstützen.

In Österreich wurde auch unter der Interimsregierung daran gearbeitet, sich im Rahmen der Erstellung der FTI-Strategie 2030 auf das zukünftige Rahmenprogramm vorzubereiten. Ein wichtiger Aspekt dieser Strategie ist die Frage, was die öffentliche Hand dafür tun kann, damit österreichische Unternehmen bei den EU-Partnerschaften und Missionen Ihre Erfolgsquote und damit Ihre Wettbewerbsfähigkeit erhöhen können. Die COVID-19-Krise wird die Betonung der Pharmaforschung in den strategischen Überlegungen der Bundesregierung besonders hervorheben.

In Sachen Forschungsprämie konnte ein wichtiges Vorhaben zur Erreichung von Klarstellungen im Wartungserlass abgeschlossen werden. Dies betrifft Abgrenzungen bei klinischen Versuchen und die Aufteilung von prämierten Ausgaben bei Beteiligungen von Firmen an kooperativen Forschungszentren. Das Finanzministerium hat den Wartungserlass zu den Einkommensteuerrichtlinien im Mai 2019 veröffentlicht.

Zur Stärkung der Planbarkeit der Finanzierung von öffentlichen Forschungs-

einrichtungen wurde die Forschungsrahmenvonelle auf den Weg gebracht. Damit wird die Budgetplanung auf drei Jahre ausgeweitet und die operative Flexibilität der Forschungsförderungseinrichtungen erhöht.

Im Zuge der Regierungsbildung und der Erstellung des Regierungsabkommens hat sich der Fachverband für die Fortschreibung nicht umgesetzter Punkte des Regierungsprogramms 2018 ausgesprochen. Dies betrifft die strategische Weiterentwicklung des Wissenstransfersystems und die öffentliche Beschaffung zur Förderung des Markteintritts innovativer Produkte, die sich insbesondere aus der Zukunftsstrategie Life Sciences und Pharmastandort ergeben. Zusätzlich gefordert wird eine Forschungsinitiative mit signifikanter Erhöhung der öffentlichen Mittel für Forschung und Entwicklung. Die Forschungsprämie soll gefestigt und Bürokratieabbau im Antragswesen vorangetrieben werden.



Ihr Experte für Forschungsfragen:

Dr. Franz Latzko
Telefon: 05/90 900 3367
latzko@fcio.at

Foto: © AdobeStock/KINGKAN



KOLLEKTIVVERTRAGS- VERHANDLUNGEN 2019

Sowohl für Arbeiter als auch für Angestellte einigte man sich im April über eine Erhöhung der Bezüge um 3,2 Prozent (IST) bzw. 3,4 Prozent (KV).

Im Arbeiterkollektivvertrag wurden im Hinblick auf die gesetzliche Neuregelung der Kündigungsbestimmungen – welche mit 1.1.2021 in Kraft treten – Kündigungstermine in den Kollektivvertrag aufgenommen. Zu den gesetzlich vorgesehenen Terminen am Ende des jeweiligen Quartals wird nunmehr auch eine Beendigung zu jedem Monatsletzten zulässig, ohne dass dies einzelvertraglich vereinbart werden muss.

Eine der wohl wichtigsten Forderungen der Arbeitgeber – die nach Arbeitszeitflexibilisierung – wurde bereits mit Ende 2018 mit der AZG-Novelle erfüllt. 2019 mussten – wie in fast allen Industriekollektivverträgen – diesbezügliche Kompensationsmaßnahmen in Form von qualifizierten Überstundenzuschlägen in die Kollektivverträge aufgenommen werden.

Eine Wahrnehmungsstudie der WKO zeigt, dass sich tatsächlich kaum Änderungen in der Arbeitszeiteinteilung bzw. im Ausmaß der Arbeitszeit ergeben haben, die Arbeitnehmer mit ihrer Arbeitszeit (Ausmaß, Lage, Flexibilisierungsmöglichkeiten, ...) zufrieden sind und sich die Arbeitszeitreform nicht negativ auf sie ausgewirkt hat.

Trotz Eintrübung der Konjunkturlage stieg die Anzahl der Beschäftigten in der chemischen Industrie 2019 um 4 Prozent auf 47.296 an.



Ihre Expertin für Arbeitsrecht:

Mag. Kathrin Desch
Telefon: 05/90 900 3356
desch@fcio.at

NEUERUNGEN BEI RESPONSIBLE CARE

CEFIC hat sein freiwilliges Responsible Care-Management-Framework für Europa erneuert, das nun auch internationale Standards und die globalen Nachhaltigkeitsziele der Vereinten Nationen (Sustainable Development Goals, SDGs) berücksichtigt.

Es ist nach den sechs Elementen der Responsible Care Global Charter gegliedert und soll zu einem harmonisierten Ansatz von Responsible Care auf globaler Ebene beitragen. Das Ergebnis zeigt, inwieweit Responsible Care im Unternehmen implementiert ist und soll die kontinuierliche Verbesserung unterstützen. Das Responsible-Care-Management-Framework (pdf-Handbuch), in dem der Gesamtansatz erläutert wird, das Responsible-Care-Selbstbewertungstool (Excel-Multiple-Choice-Fragebogen) sowie FAQs sind auf der CEFIC-Website abrufbar. CEFIC hat das Responsible-Care-Selbstbewertungstool interessierten Unternehmen im FCIO vorgestellt.

Ende 2019 hat der FCIO zwei seiner langjährigen Responsible Care-Auditoren, Friedrich Hösler und Gustav Haberfellner, in den Ruhestand verabschiedet. Zukünftig werden die Unternehmen von den RC-Auditoren Gernot Gamerith und Robert Reinthaler bei der Umsetzung der Responsible Care-Initiative unterstützt.

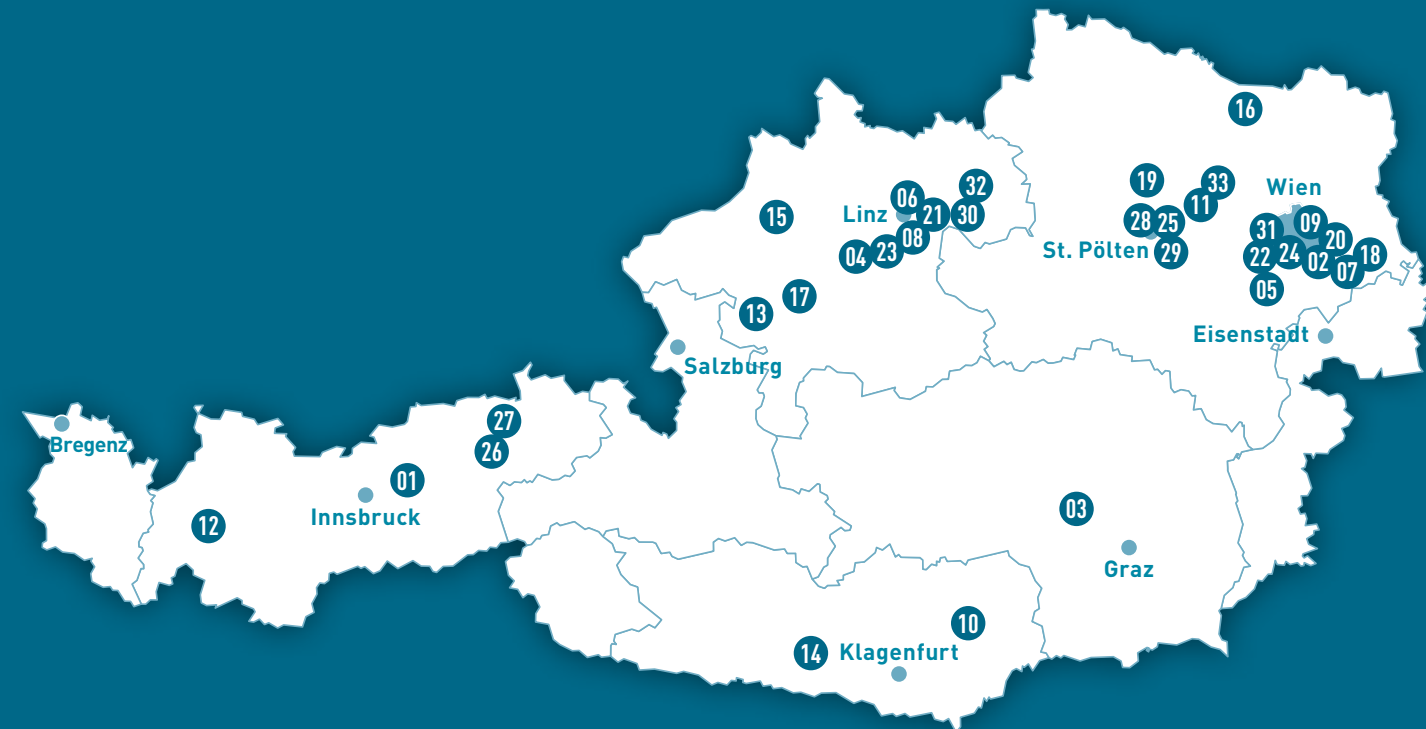
Wieder erfolgreich bestanden

DIC Performance Resins GmbH, Wien, Donau Chemie AG mit den Standorten Brückl, Landeck und Pischelsdorf, Evonik Fibres GmbH, Schörfling am Attersee, Salzer Formtech GmbH, St. Pölten sowie Donauchem GmbH, Pischelsdorf



Ihre Ansprechpartnerin für die Initiative Responsible Care:

Dr. Dominique Schröder
Telefon: 05/90 900 3373
schröder@fcio.at



Betriebe mit Responsible Care

In diesen Firmen arbeitet rund ein Drittel der in der chemischen Industrie Beschäftigten. Sie erzeugen mehr als 40 Prozent des Produktionswerts der chemischen Industrie:

- 01 ADLER-WERK Lackfabrik Johann Berghofer GmbH & Co KG, Schwaz
- 02 AIR LIQUIDE Austria GmbH, Schwechat
- 03 AIR LIQUIDE Austria GmbH, Leoben-Donawitz
- 04 AVENARIUS AGRO GmbH, Wels
- 05 AXALTA Coating Systems Austria GmbH, Guntramsdorf
- 06 BOREALIS Agrolin Melamine GmbH, Linz
- 07 BOREALIS Polyolefine GmbH, Mannswörth
- 08 BOREALIS Polyolefine GmbH, Linz
- 09 DIC Performance Resins GmbH, Wien
- 10 DONAU CHEMIE AG, Brückl
- 11 DONAU CHEMIE AG, Pischelsdorf
- 12 DONAU CHEMIE AG, Landeck
- 13 EVONIK Fibres GmbH, Schörfling am Attersee
- 14 EVONIK Peroxid GmbH, Weissenstein
- 15 INTERNORM Bauelemente GmbH, Sarleinsbach
- 16 JUNGBUNZLAUER Austria AG, Wulzeshofen
- 17 LENZING AG, Lenzing
- 18 LOBA Feinchemie GmbH, Fischamend
- 19 METADYNEA Austria GmbH, Krems
- 20 ÖGUSSA Österreichische Gold- und Silber-Scheideanstalt Gesellschaft m.b.H., Wien
- 21 PATHEON Austria GmbH & Co KG, Linz
- 22 PIPELIFE Austria GmbH & Co KG, Wr. Neudorf
- 23 POLOPLAST GmbH & Co KG, Leonding
- 24 REMBRANDTIN Lack GmbH Nfg. KG, Wien
- 25 SALZER Formtech GmbH, St. Pölten
- 26 SANDOZ GmbH, Kundl
- 27 SANDOZ GmbH, Schafftenau
- 28 SUNPOR Kunststoff Gesellschaft m.b.H., St. Pölten-Stattersdorf
- 29 SUNPOR Kunststoff Gesellschaft m.b.H., St. Pölten-Radlberg
- 30 SYNTHESA Chemie Gesellschaft m.b.H., Perg
- 31 Applied Chemicals Handels-GmbH, Wien
- 32 Dalmatherm Dämmtechnik GmbH, Perg
- 33 Donauchem GmbH, Pischelsdorf

Auch chemienaher Unternehmen können sich dem Responsible Care-Audit unterziehen. Derzeit sind mit dem RC-Zertifikat ausgezeichnet:



Responsible Care
Verantwortung hat Zukunft

ENERGIE & KLIMA

Das Klima in aller Munde – Klimawandel, Klimakrise, Klimaschutz

Energie und klimapolitische Rahmenbedingungen sind für die chemische Industrie ein zentraler Standortfaktor. Vor dem Hintergrund zunehmender Auswirkungen des Klimawandels ist die „Klimakrise“ 2019 zum TopThema der gesellschaftlichen, medialen und damit auch der politischen Aufmerksamkeit geworden.

Die Industrie hat die Herausforderungen des Klimawandels längst erkannt, konkrete Maßnahmen entwickelt und soweit möglich auch umgesetzt. Der internationale Standort- und Kostenwettbewerb gönnt den Betrieben allerdings keine Atempause: schon jetzt ist das Regelungskorsett, in dem sie agieren, sehr eng. Zusätzlich zu umfangreichen gesetzlichen Vorgaben in allen Bereichen der Umwelt- und Energiepolitik haben sie hohe Energie- und CO₂-Preise zu verkraften. Neue einseitige Belastungen wirken sich fatal auf die Wettbewerbsfähigkeit, insbesondere der energieintensiven Industrie, aus, weshalb der Fachverband gemeinsam mit der Bundessparte Industrie auch der Strompreisentwicklung und entsprechenden Entlastungen der Betriebe (insbesondere der Kompensation indirekter CO₂-Kosten) hohe Aufmerksamkeit widmete. Das Thema konnte im Regierungsprogramm 2020–2024 verankert werden.

Im Jahr 2019 war für den Fachverband die Erstellung des Nationalen Energie- und Klimaplans (NEKP) und weiterer damit verbundener Strategien ein wesentliches Schwerpunktthema. Die EU-Mitgliedstaaten waren lt. EU-Governance-Verordnung verpflichtet, einen finalen NEKP bis 31. Dezember 2019 an die Europäische Kommission zu übermitteln. Basis des österreichischen Plans ist die Klima- und Energiestrategie #mission2030 der Bundesregierung mit folgenden wesentlichen Zielen:

→ Reduzierung der THG-Emissionen im Non-ETS-Bereich um 36 Prozent ggü. 2005 (Vorgabe durch EU Effort Sharing)

- THG-Sektorbeitrag Verkehr: -7,2 Mio t CO_{2e} ggü. 2016 (Gesamtbeitrag)
- THG-Sektorbeitrag Gebäude: -3 Mio t CO_{2e} ggü. 2016 (Gesamtbeitrag)
- Erhöhung des Anteils erneuerbarer Energie am Bruttoendenergieverbrauch auf 46–50 Prozent
- Deckung des Stromverbrauchs zu 100 Prozent aus Erneuerbaren (national/bilanziell)
- Verbesserung der Primärenergieintensität um 25–30 Prozent ggü. 2015

Neben der Mitarbeit in entsprechenden WKÖ-Arbeitsgruppen zum NEKP hat sich der Fachverband in weitere Strategie- bzw. Evaluierungsprozesse eingebracht. Dazu gehören die Wasserstoffstrategie (insbesondere die AG 3 „Wasserstoff in industriellen Prozessen“), die Wärmestrategie (Schwerpunkt: Nutzung industrieller Abwärme), die Bioökonomiestrategie sowie die Evaluierung des Energieeffizienzgesetzes.

Europäischer Green Deal (EGD)

Im Zuge der Umbildung der EU-Kommission und des EU-Parlaments nach den EU-Wahlen im Mai 2019 haben Ursula von der Leyen, neue Präsidentin der EU-Kommission, und Frans Timmermans, Vizepräsident der Kommission und EU-Klimaschutzkommissar, im Dezember 2019 den European Green Deal als umfassendes Strategiepaket vorgestellt. Damit wird Klimaschutz zum zentralen Thema der EU-Wirtschaftspolitik.

Für den Politikbereich „Increasing the EU’s climate ambition for 2030 and 2050“ ist als übergeordnetes Ziel die Klimaneutralität der EU bis 2050 vorgesehen. Dazu hat die Kommission Anfang März 2020 einen Entwurf für das erste EU-Klimagesetz vorgelegt. Im Herbst 2020 wird zudem ein weiterer Plan vorgelegt, in dem ein neues CO₂-Reduktionsziel für 2030 um mindestens 50 Prozent bzw. hin zu 55 Prozent (ggü. den Werten von 1990) enthalten sein soll. Um dieses neue 2030 Ziel zu



Foto: © AdobeStock/jittawit

erreichen, wird die Kommission bis Juni 2021 alle relevanten Klima- und Energievorschriften überprüfen bzw. überarbeiten. Neben neuen Zielen und Maßnahmen in zentralen Bereichen der Energie- und Klimapolitik, wie Emissionshandel, Energieeffizienz, erneuerbare Energie, Energiebesteuerung, nachhaltige Mobilität, Gebäudestandards und nachhaltiges Finanzwesen, umfasst der Fahrplan der Kommission auch CO₂-Grenzausgleichsmechanismen (Carbon Border Adjustments) und eine neue EU-Industriestrategie, sowie neue Maßnahmen im Bereich der Kreislaufwirtschaft, der Ernährungs-, Luft- und Chemikalienpolitik.

Der Politikbereich „Clean, affordable, and secure energy“ hat als übergeordnetes Ziel die Dekarbonisierung des Energiesystems und Energieeffizienz. Eine wesentliche Rolle kommt dabei erneuerbarer Energie zu. Im Einklang mit dem EU-Ziel, bis 2050 klimaneutral zu werden, wird die Kommission auch die relevanten Energievorschriften überarbeiten. Bis Juni 2020 sollen demnach die Nationalen Energie- und Klimapläne der Mitgliedstaaten final bewertet werden; ebenso plant die EK 2020 eine Strategie für intelligente Sektor-Integration (smart sector integration) vorzulegen; gleichzeitig soll die Dekarbonisierung des Gas-Sektors vorangetrieben werden.

Der Fachverband hat – angesichts des aktuell nachlassenden globalen Engagements und der massiven negativen Auswirkungen der aktuellen COVID-19-Pandemie – eine kritische Haltung zur einseitigen Verschärfung von Treibhausgas-Reduktionszielen und fordert eine CO₂-Bepreisung auf globaler Ebene zur Schaffung eines Level Playing Fields für die Industrie: Klimaneutralität kann nur mit und nicht gegen die Industrie erreicht werden! Solange dies nicht gesichert ist, braucht der EU-Emissionshandel eine Preisobergrenze für die Industrie, die einseitige Zusatzkosten nicht im Produktpreis weitergeben kann. Weitere Schwerpunkte sind die Zweckbindung von ETS-Auktions-

erlösen für Klimamaßnahmen der Betriebe sowie die verbesserte Finanzierung von Maßnahmen zur Dekarbonisierung der Industrie.

climApro-Studie

Das Institut für industrielle Ökologie erarbeitete im Auftrag der Bundessparte Industrie und unter Beteiligung des Fachverbandes drei Szenarien zu den Fragen, wie klimaschonend österreichische Betriebe im EU- bzw. im globalen Vergleich produzieren, und welche Effekte die Stärkung von Wertschöpfungsketten im Inland hat. Die Studie brachte unter anderem folgende Ergebnisse für den Sektor der chemischen Industrie: ▶

→ Das **Re-integrationsszenario** simuliert eine verstärkte nationale Produktion von Zwischenprodukten (z.B. Polymere) anstelle deren Import. Dadurch muss entsprechend der Bereitstellungskette auch die Roh- (z.B. Erdöl) und Grundstoffproduktion (z.B. Monomere) erhöht werden. Ergebnis: Eine Tonne an Mehr-Emission durch die chemische Industrie in Österreich führt folglich zu einer globalen Einsparung von 1,8 Tonnen CO₂e.

→ Das **Vertiefungsszenario** geht von einer Vertiefung der Wertschöpfungskette in Österreich aus, indem weniger Zwischenprodukte (z.B. Polymere) exportiert und dafür zu Endprodukten (z.B. Kunststoffe) verarbeitet werden. Ergebnis: Eine Tonne CO₂e Mehr-

emission durch Weiterverarbeitung von Zwischen- zu Endprodukten im Inland führt zu globaler Reduktion um 1,6 Tonnen CO₂e.

→ Das **„Carbon-Leakage“ Szenario** geht von einer Verlagerung von Produktionsstätten für die Herstellung von Zwischenprodukten ins Ausland aus. Dadurch wird die Bereitstellungskette für die Herstellung von Zwischenprodukten in Österreich reduziert. Ergebnis: Die Einsparung von 1 Tonne CO₂e in Österreich erhöht die Emission im Ausland um 1,8 Tonnen.

Insgesamt lässt sich aus diesen Szenarien für die chemische Industrie in Österreich folgern, dass eine verstärkte Produktion

und Weiterverarbeitung von Produkten in Österreich einen wesentlichen Beitrag zur globalen Reduktion von THG-Emissionen leisten könnte. Dies kann im Wesentlichen durch den hohen technologischen Standard der heimischen Produktionsstandorte und durch die vergleichsweise geringe Emissionsintensität der verwendeten Energieträger erklärt werden.

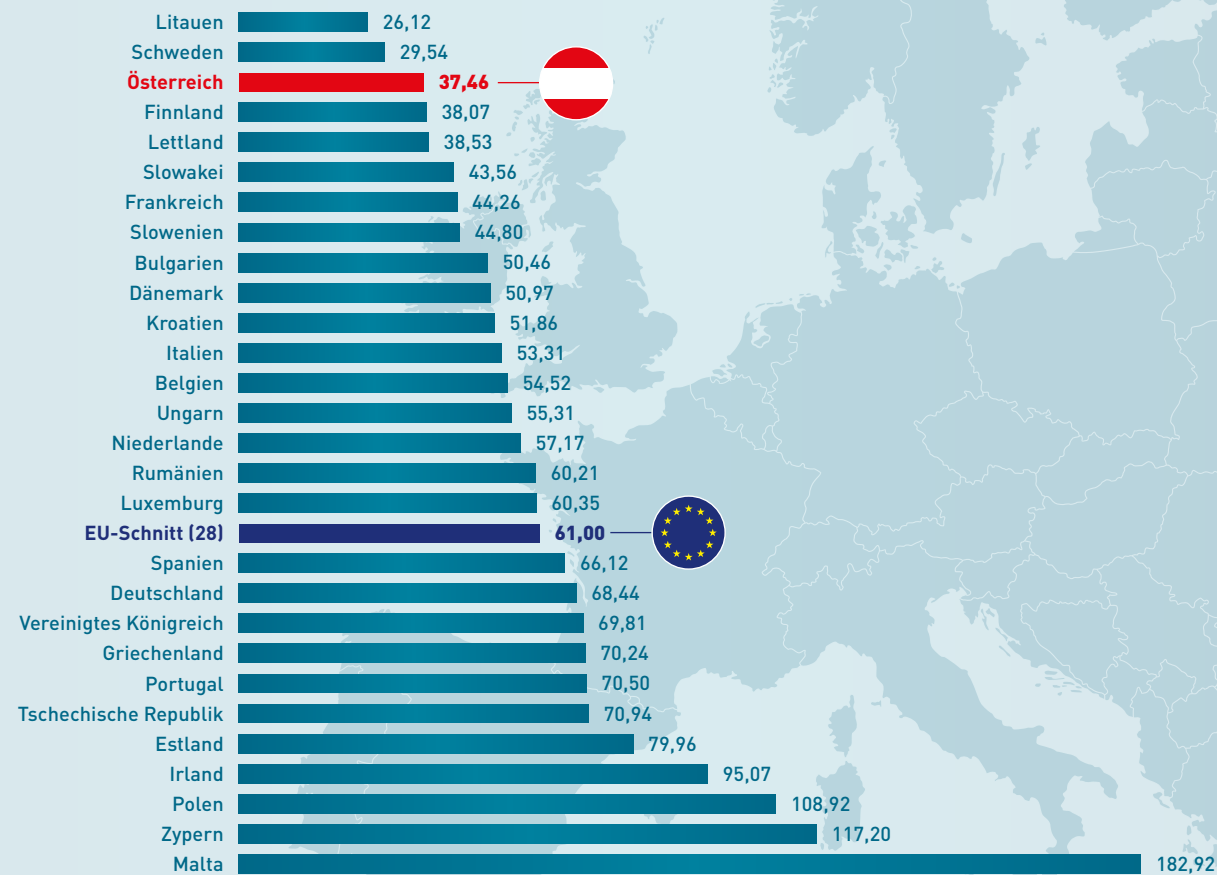


Ihr Experte für Energie- und Klimathemen:

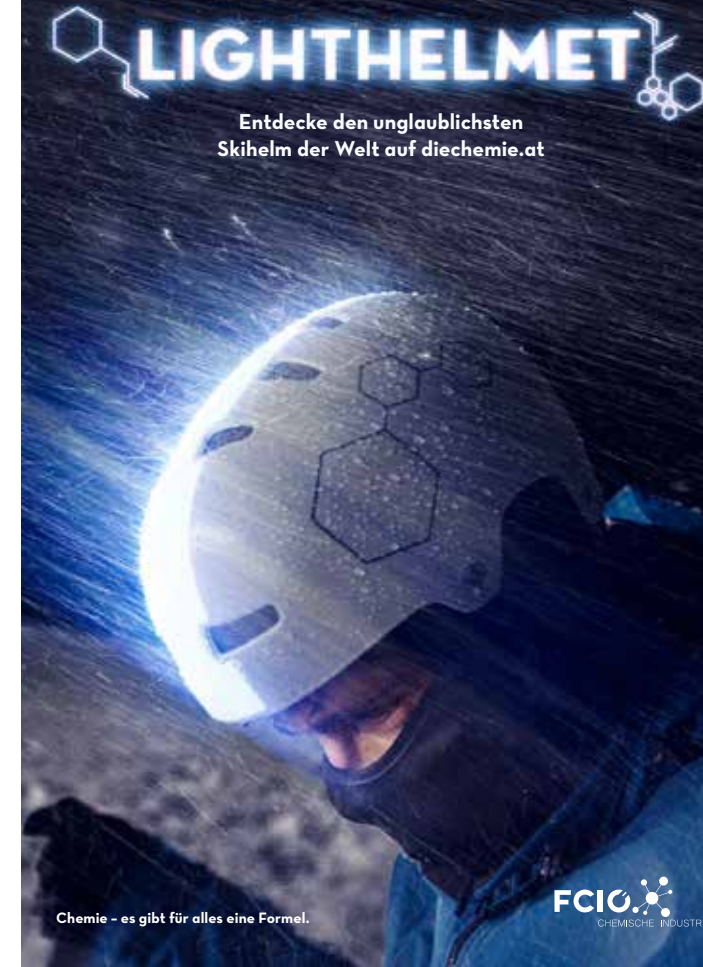
Dr. Reinhard Thayer
Telefon: 05/90 900 3365
thayer@fcio.at

EMISSIONSINTENSITÄT BEI DER PRODUKTION IN DER CHEMISCHEN INDUSTRIE IN DER EUROPÄISCHEN UNION

CO₂ Verbrauch in Tonnen pro Terajoule



Quelle: climApro – Welche Effekte kann eine Veränderung der industriellen Produktionsstrukturen in Österreich für den globalen Klimaschutz bewirken? Eine Potenzialanalyse, August 2019 – IEA World Energy Statistics and Balances (database).



Bildtext bitte: Axim numenimusda deliquam laboreiundia dit reprecusa conestrunt verovide doluptat ut ne nonsequatat dempore ptatiur solor susdam quis ad qui temporeribus enditatur? Acestion etust



FORTSETZUNG DER ERFOLGREICHEN WERBEKAMPAGNE

Die von der Agentur Demner, Merlicek und Bergmann konzipierte Kampagne zielt darauf ab, über einen „Hero Content“ den Nutzen von Chemie sichtbar zu machen. Unter dem Slogan „Es gibt für alles eine Formel“ werden Probleme mithilfe von Chemie gelöst. Damit soll in den Köpfen der Menschen eine Kehrtwende geschafft werden: von „Chemie als Problem“ zu „Chemie als unverzichtbare Lösung“.

Die Skisprung-Legende Thomas Morgenstern stand auch 2019 wieder als Testimonial für Werbespots zur Verfügung, die sowohl im Fernsehen, als auch im Internet verbreitet wurden.

Im Rahmen einer Frühjahrs- und einer Herbstwelle wurden zwei unterschiedliche Spots ausgespielt. Um die Beliebtheit und

den Erfolg der Werbung vollends auszunutzen, wurde die Idee des Skisprungs im Dunkeln nochmal aufgegriffen, wobei Thomas seinen phosphoreszierenden Anzug diesmal als Lösung anbot, um Tag und Nacht trainieren zu können. Platziert wurde der Spot rund um die nordische Ski-WM.

Für die zweite Welle wurde ein äußerst sicherer Skihelm kreiert, der durch Elektrolumineszenz bei Nebel und Dunkelheit trotzdem sichtbar ist und dank spezieller Bewegungssensoren sogar nach einem Sturz ein SOS-Signal abgeben kann.

Beide Spots erreichten im Fernsehen jeweils etwa 3,5 Millionen Seher, auf YouTube zusammen über 1,8 Millionen Aufrufe. Auf Facebook und Instagram generierte jeder Spot eine Reichweite von 1,1 Millionen.

Eine eigens für die Kampagne kreierte Microsite „diechemie.at“ und begleitende Social Media Maßnahmen machten den Hero Content für eine breite Zielgruppe mit enormer Reichweite erlebbar. Die Videos sowie Hintergrundinformationen finden Sie unter: www.diechemie.at

Für 2020 ist eine Fortführung der Kampagne geplant.



Ihre Ansprechpartnerin in Bezug auf die Werbekampagne:

Mag. Dorothea Pritz
Telefon: 05/90 900 3364
pritz@fcio.at



VERANSTALTUNGEN

Neben branchenspezifischen Veranstaltungen zu Themen des Chemikalienrechts lag der Fokus auf dem Themenbereich der Innovationen. Egal ob bei der Erkundung nach Wegen zu einer gelungenen Kreislaufwirtschaft, beim Aufspüren von bio-basierten Rohstoffen als Ersatz für erdölbasierte oder aber bei der Suche nach neuen, innovativen Therapien in der Pharmaindustrie: die Chemie findet für alles eine Lösung.

Ihre Ansprechpartnerin für Veranstaltungen:

Mag. Dorothea Pritz
Telefon: 05/90 900 3364
pritz@fcio.at



10. September 2019

RETHINKING PLASTICS – 10 Rezepte für nachhaltigen Kunststoff

Bringen Verbote von Kunststoffbesteck oder Plastiksackerl etwas, wenn deren Anteil am Müll nur im Promillebereich liegt? Kann man mit Ökobilanzen verlässlich die Auswirkungen auf die Umwelt berechnen? An welchen Schrauben muss gedreht werden, um zu einer erfolgreichen Kreislaufwirtschaft zu gelangen? Wie viel ist hierbei dem Konsumenten zumutbar? Solche und noch viele andere Fragen wurden bei der Veranstaltung RETHINKING PLASTICS – 10 Rezepte für nachhaltigen Kunststoff, die am 10.09.2019 in der Wirtschaftskammer stattfand, erörtert.

Ausgangspunkt für die Vorträge und Diskussionen bildete das 10-Punkte Maßnahmenpaket „RETHINKING PLASTICS – so wird Österreich zur Vorzeigeregion für nachhaltige Kunststoffkreisläufe“, das die Kunststoffindustrie im Frühjahr geschnürt hat und mit dem es gelingen soll, Kunststoffkreisläufe schrittweise zu schließen.

Dass Kunststoff kein Werkstoff ist, der sich einfach durch andere Materialien ersetzen lässt, sollte jedem bei der täglichen Verwendung des Mobiltelefons auffallen. Aufgrund seiner herausragenden Materialeigenschaften ist er in vielen Lebensbereichen die beste technische Lösung. Dass er bei einer ganzheitlichen Betrachtung auch ökologisch oft besser abschneidet als andere Materialien bewies Harald Pitz von denkstatt in seinem Vortrag über die Ökobilanz des Kunststoffkreislaufes. So wurde

Harald Pitz von denkstatt rechnet dem Publikum die Ökobilanzen von Strohhalmen aus Papier und Kunststoff vor



Fotos: © marko's photography

z.B. mithilfe einer Waage gezeigt, dass das vieldiskutierte Obstsackerl aus bioabbaubarem Kunststoff mehr als doppelt so schwer ist und somit mehr Ressourcen verbraucht als das herkömmliche, erdölbasierte. Nur eine mehrmalige Verwendung würde hier einen Ausgleich schaffen.

Dies war auch die Meinung von Markus Schopf von Borealis Polyolefine, für den Re-Use oder auch Re-Purpose der Königsweg ist, mit dem man mehr erreichen kann, als mit einmaligem mechanischen Recycling. Er rief dazu auf, gerade im Bereich der Kunststoffverpackungen keine faulen Kompromisse aufgrund von ökologischen Gesichtspunkten einzugehen.

Denn häufig wird der eigentliche Zweck von Verpackungen – nämlich der Schutz und die Verlängerung der Haltbarkeit, wodurch Lebensmittelabfälle drastisch verringert werden können – übersehen.

Auch Roman Eberstaller von Sunpor Kunststoff kritisierte die oft zu einfachen Lösungen und hatte ein deutliches Beispiel parat: Auf die Frage, warum man nicht alle EPS-Dämmungen von österreichischen Häusern durch Schafwolle ersetzt, rechnete er vor, dass dafür jeder Österreicher 15 Schafe halten müsste. Er präsentierte eine Lösung für stoffliches Recycling von Wärmedämmungen. ▶

Bei der abschließenden Podiumsdiskussion gingen Leonore Gewessler, Harald Pflanzl von BASF, Manfred Stanek von Greiner Packaging und Simone Hoepke vom KURIER unter anderem der Frage nach, ob das Plastiksackerl-Verbot eine populistische Maßnahme ist oder einen Beitrag zum Schutz der Umwelt leistet.



Als Vertreter aus der Verpackungsindustrie sah sich Manfred Stanek von Greiner Packaging aufgrund der materialwissenschaftlichen Kompetenz in der Verantwortung, nach Verbesserungen beim Design für Recycling zu suchen. Er wies aber auch darauf hin, dass jeder einzelne von uns sein Konsumverhalten ändern muss, damit Circular Economy nicht nur ein leeres Versprechen wird.

Auf Mehrweg als Lösung schwört auch Katharina Rhomberg von Fries Kunststofftechnik. Mit den Mehrweggetränkebechern „Cup-Concept“ ist dem Unternehmen ein wichtiger Schritt in Richtung Ressourcenschonung und Kreislaufwirtschaft gelungen. Dabei kümmert man sich nicht nur um die Produktion, sondern auch um die Logistik und die umweltschonende Reinigung der Becher und bietet somit die Komplettlösung für jeden Veranstalter. Dass auch Mehrwegbecher noch Entwicklungspotenzial haben, zeigte die Geschäftsführerin mit einem Produkt, das sich aufgrund entstehender Luftwirbel während eines Wurfes selbst entleert und so Verletzungen vorbeugt.

In der abschließenden Podiumsdiskussion wurden offene Fragen mit Industrie, Politik und Medien erörtert. Simone Hoepke vom KURIER machte auf die Schwierigkeit der Presse aufmerksam, hochkomplexe Themen wie die ökologischen Vorteile von Kunststoff in Medien abzubilden. Dass das Thema öffentlich sehr präsent ist, erklärte sie mit dem Umstand, dass beim Plastiksackerl – wie beim Fußball – jeder mitreden kann.

Für Manfred Stanek von Greiner Packaging stand fest, dass die Kunststoffindustrie die öffentliche Diskussion verloren hat, auch weil man sich zu spät mit dem Thema Kreislaufwirtschaft befasst hat. Diese Meinung teilte auch Harald Pflanzl von BASF. Das Wort „Plastik“ hat ein negatives Image, mit dem man Müllberge und tote Fische verbindet. Beide Geschäftsführer forderten, dass der Dialog mit den Stakeholdern proaktiver angegangen wird. Leonore Gewessler von den Grünen betonte, dass sie in der Substitution des Werkstoffes keine Lösung sieht, sondern in der Mehrfachverwendung. Ob das Plastiksackerl- oder Einwegkunststoffverbot nur eine populistische Maßnahme ist oder sehr wohl als kleiner Teil seinen Beitrag zur Müllvermeidung leisten kann, darüber waren sich die Diskutanten nicht einig. Harald Pflanzl verlangte einen ganzheitlichen Ansatz beim Thema Kunststoff und die Bereitschaft, dass man sich mit komplexen Botschaften auseinandersetzt. Fest stünde, Kunststoff sei zu wertvoll, um ihn einfach wegzuworfen. Pflanzl forderte dabei von der Politik einen Rahmen, in dem Kunststoffinnovationen möglich werden. Als sinnvolleren Ansatz als Verbote sahen viele Anwesende ein europaweites Deponieverbot. Christine Hochholdinger vom Nachhaltigkeitsministerium sah hierfür allerdings Schwierigkeiten in der Umsetzung. Sie äußerte sich jedoch – ebenso wie die Industrie – zuversichtlich, dass sich die Recyclingraten für Kunststoff in zehn Jahren mit denen für Glas vergleichen lassen. Abschließend wurde festgehalten, dass sich jeder einzelne sein Konsumverhalten vor Augen führen muss. Hierbei helfen bestimmt Vergleiche von denkwürdigen: Eine Tankfüllung eines PKW entspricht aus Sicht von Energie & Treibhausgasen 4000 Plastiksackerln. Ein Jahr Mineralwasser in PET-Mehrweg statt PET-Einweg spart 38km Autofahrt ein. Eine Flugreise nach Spanien entspricht 10 Jahren Verpackungskonsum.



26. September 2019

Innovation Day Pharma

Welche Impfungen werden unsere Gesundheit noch besser schützen? Wie werden Gentherapien schwere Erbkrankheiten heilen können? Was zeichnet einen innovativen Mitarbeiter aus? Wo findet Innovation in der Wertschöpfungskette der Pharmaindustrie überall statt? Diese und viele weitere spannende Fragen wurden am 26. September 2019 beim Innovation Day in den Räumlichkeiten der Wirtschaftskammer erörtert.

Den Anfang machte Jan-Uwe Meyer mit einer spannenden Keynote, in der er aufzeigte, dass der Innovationsbegriff vieles mehr beinhaltet als Produktentwicklung.

Den nächsten Schwerpunkt bildete das Thema „Impfen“. Auch wenn Impfstoffentwicklung heute nicht mehr als innovativ betrachtet wird, gibt es in diesem Bereich dennoch Innovationsbedarf. Sylvia Nanz von Pfizer zeigte auf, dass der Erfolg von Impfungen dazu geführt hat, dass diese unpopulär wurden. Kaum jemand ist heutzutage mit Masern konfrontiert und kennt das Krankheitsbild. Diesen Umstand haben wir umfassenden Durchimpfraten zu verdanken. Doch diese erfreuliche Entwicklung hat auch ihre Schattenseiten: die Menschen erkennen keine Notwendigkeit von Impfungen mehr, wo die

Gefahr nicht sichtbar ist. Neben einer Optimierung bestehender Impfstoffe wird aktuell an Impfungen gegen Krankenhauskeime, an Krebsvakzinen sowie an Impfungen für Schwangere zum Schutz des Neugeborenen geforscht.

Welch revolutionäre Technik zu Modifikationen von Erbgut die CRISPR/Cas9-Methode ist, zeigte Julia Maier von Merck. Mit ihr werden Gensequenzen wie mit einem Skalpell sehr exakt zerschnitten, während Vorgängermethoden weniger exakt und viel langsamer in der Umsetzung waren. Wolfgang Bonitz von Novartis knüpfte direkt an und stellte therapeutische Anwendungsmöglichkeiten von CRISPR/Cas9 vor. So können etwa Kinder mit Leberscher Amaurose, einer genetisch bedingten Augenerkrankung, durch lokales Einbringen von „gesunden“ Genen vor dem Erblinden bewahrt werden. Aber auch eine bestimmte Form von Blutkrebs ist durch die CAR-T-Zelltherapie heilbar. Ziel ist es, in Zukunft auch solide Tumore mittels dieser Methode zu bekämpfen. Dass die Anwendung dieser Methode ethische Grenzen hat, wenn z.B. Mediziner perfekte Kinder im Reagenzglas erzeugen wollen (in ganz Europa ist das strikt verboten!), wurde in den Vorträgen ebenfalls beleuchtet.



Die revolutionäre Technik zu Modifikationen von Erbgut CRISPR/Cas9-Methode war mehrfach Thema beim Innovation Day. Hier zeigte Julia Maier von Merck die ethischen Grenzen der Methode auf, etwa die Schaffung von perfekten Kindern aus dem Reagenzglas.

Ilse Bartenstein plädierte in ihrer Eröffnungsrede dafür, dass die Politik die Attraktivität Österreichs als Pharmastandort stärken und die Planbarkeit des Rahmens der Forschungsförderung erhöhen möge. (Foto links)

Über den gleichen Feind, aber über ein anderes Mittel zu dessen Bekämpfung, berichtete Darryl McConnell in seinem Vortrag: Bei Boehringer Ingelheim sucht er mit seinem Team nach dem molekularen Schlüssel, mit dem der fehlsteuernde Zellteilungsregulator KRAS zur Normalfunktion zurückgesetzt werden kann. Im Tiermodell konnte man auf diese Weise bereits Bauchspeicheldrüsenkrebs erfolgreich behandeln. Die besondere Leistung dabei ist, dass das Protein KRAS für einen Wirkstoff erst zugänglich gemacht werden musste.

Dass Innovation nicht nur auf der Ebene von Produktentwicklung passiert, zeigte der Vortrag von Ulrich Wieltzsch. Bei Thermo Fisher erzeugt man unter anderem pharmazeutische Polymere zur Behandlung von Stoffwechselerkrankungen. Bei der Herstellung dieser ergibt sich allerdings die Herausforderung, dass die Kügelchen nach der Reaktion unterschiedlichste Größen aufweisen. Beim anschließenden Aussieben ist der Ausschuss dann enorm hoch. Daher kam das Forscherteam auf die Idee, bereits direkt bei der Reaktion Kügelchen mit einheitlicher Größe anzustreben, was mittels Rühren zu einer Emulsion erzielt werden

kann. Das klingt allerdings einfacher, als es ist, denn nicht nur die Geschwindigkeit des Rührers ist entscheidend, sondern auch die Form und Lage seiner Rotorblätter und vieles mehr.

Michael Dekner von Takeda stellte eine innovative Lösung der Gefrierdrying vor. Diese passiert momentan chargenweise, was zeitraubend und unflexibel ist. Eine kontinuierliche Verfahrensweise bringt hier klare Vorteile: die Anlage braucht weniger Platz, ermöglicht Echtzeitanalysen, die Trocknung erfolgt homogener und eine Kapazitätserhöhung kann durch eine zweite Anlage einfach bewerkstelligt werden.

Die Veranstaltung hat gezeigt, dass Innovation in der pharmazeutischen Industrie sehr vielfältig ist und tagtäglich gelebt wird. Wir können gespannt in die Zukunft schauen und uns auf bessere Impfungen, z.B. gegen Krankenhauskeime, Therapien gegen bisher nicht behandelbare Tumore oder neue Behandlungsmöglichkeiten von genetischen Erkrankungen mit Aussicht auf Heilung freuen und dabei sicher sein, dass unsere Arzneimittel mit höchstmöglichem Qualitätsanspruch und Ressourcenschonung hergestellt werden.

Fotos: © marko's photography

5. Dezember 2019

Stakeholderdialog Biobased Industry

Die biobasierte Industrie, die als Motor der Bioökonomie fungiert, kann einen wesentlichen Beitrag zum Klimaschutz leisten. Sie kann den Verzicht auf erdölbasierte Rohstoffe ermöglichen und stattdessen auf nachwachsende Materialien setzen, um Treibhausgase einzusparen. Die Veranstaltung Stakeholderdialog Biobased Industry, die vom BMVIT und dem Fachverband der Chemischen Industrie Österreichs gemeinsam ausgetragen wird, stellt jedes Jahr mehrere Forschungsarbeiten zu dieser nachhaltigen Form des Wirtschaftens vor.

Zu den wichtigsten biogenen Rohstoffen zählt Holz. Diesem Thema widmete sich der heurige Stakeholderdialog „Holz – das Rückgrat der Bioökonomie“ am 5. Dezember 2019. Die Veranstaltung fokussierte auf neue Anwendungen, innovative Produkte und Technologien in Zusammenhang mit der stofflichen Nutzung dieses Rohstoffs. Wo liegen die Potenziale von Holz als chemisch-technischer Rohstoff? Das Hauptaugenmerk lag auf den Einsatzmöglichkeiten des Rohstoffs Lignin, das bei der Celluloseherstellung als Nebenprodukt anfällt: nicht nur Vanillin, sondern auch Bindemittel und Klebstoffe oder Grundierungen für die Lackindustrie lassen sich daraus herstellen. Als vielseitige Kohlenstoffquelle wird Lignin sogar als das Erdöl der Zukunft bezeichnet.

Aber nicht nur Lignin als Rohstoff wurde behandelt, auch die Vorteile von Cellulose gegenüber anderen Rohstoffen für Textilfasern. So sind Cellulosefasern biologisch abbaubar und bilden am Ende ihres Lebenszyklus die Basis für neues Pflanzenwachstum. Außerdem ist Forstwirtschaft ökologisch wesentlich schonender als Baumwollanbau.

Spannend zu sehen war auch, dass Produkte, die aus biogenen Rohstoffen erzeugt werden, nicht automatisch einen besseren Klimafußabdruck aufweisen. So schneidet etwa der erdölbasierte Kunststoff PP im Anwendungsbereich „Becher und Schalen“



Beim „Marktplatz“ in der Mittagspause konnten die Teilnehmer erkunden, was aus dem Rohstoff Holz alles produziert werden kann.

nicht nur bei den technischen Eigenschaften besser ab als das biobasierte PLA, sondern auch im Hinblick auf die Umweltauswirkungen. Hier ist für jeden Anwendungsbereich und für jeden alternativen Rohstoff eine genauere Betrachtung gefragt.

Bioraffinerien existieren erst seit 20–30 Jahren, hier hat die erdölbasierte chemische Industrie noch einiges an Wissensvorsprung. Dementsprechend hoch ist noch der Forschungsbedarf in diesem Bereich. Viele Projekte lassen sich aktuell nur im Labor, aber noch nicht im industriellen Maßstab umsetzen.

Die hohe Teilnehmerzahl verdeutlichte das große Interesse an dem vielschichtigen Thema „Biobased Industry“, dem in Zukunft wohl eine Schlüsselrolle am Weg zur Dekarbonisierung zukommen wird.

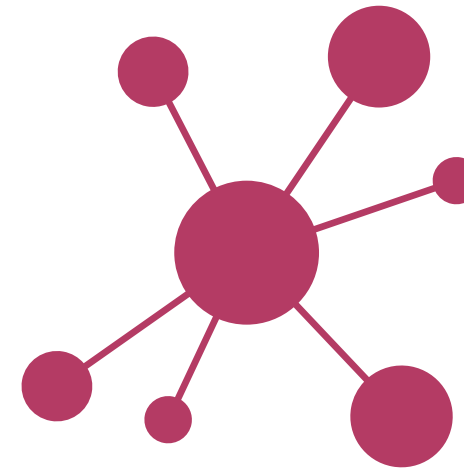


Hubert Culik fordert in seiner Eröffnungsrede die kaskadische Nutzung biogener Ressourcen, da auch Holz und dergleichen nicht unendlich verfügbar ist. (Foto links)

Andreas Windsperger erläuterte, dass Biokunststoffe oft Aufholbedarf bei Funktionalität und Umweltwirkung gegenüber herkömmlichen Kunststoffen haben. (Foto rechts)

DIE CHEMISCHE INDUSTRIE

Neben den Schwerpunktthemen bildet die Branchenarbeit einen wichtigen Pfeiler in der Arbeit des Fachverbandes. Da sich die chemische Industrie in viele unterschiedliche Sektoren unterteilen lässt, sind auch die Anliegen und Bedürfnisse der Betriebe sehr unterschiedlich. Dies spiegelt sich auf den kommenden Seiten wider.



Pharmazeutische Industrie	30
Kunststoff	32
Pflanzenschutz	34
Düngemittel	35
Waschmittel, Kosmetik, Aerosole	36
Lackindustrie	38
Holzschutzmittel	39
Technische Gase	40
Bauklebstoffe	40
Kautschukverarbeitende Industrie	41
Bitumenemulsionsindustrie	42
Faserhersteller	42

PHARMAZEUTISCHE INDUSTRIE

Pharmazeutische Industrie

Aufwärtstrend 2019 durch Investitionen
Die wirtschaftliche Entwicklung war 2019 durch den Trend geprägt, dass die Investitionen der vergangenen Jahre in die Produktion sowohl innovativer als auch jener Produkte, auf deren Wirkstoffe die Patente abgelaufen sind, positive Wirkung gezeigt haben. Der Export konnte um rund ein Fünftel gesteigert werden. Insgesamt ergibt sich eine Steigerung von über 4 Prozent beim Wert der abgesetzten Produktion. Bei den pharmazeutischen Grundstoffen fiel das Wachstum mit über 6,2 Prozent sehr solide aus. Im Inland ist der durch die Sozialversicherungen ausgeübte Preisdruck unverändert hoch, weshalb der Export der bei Weitem zugkräftigere Konjunkturmotor war.

Sicherung der Versorgung mit Arzneimitteln

Die Suche nach wirksamen Maßnahmen gegen immer häufiger auftretende Lieferengpässe bei Arzneimitteln prägte die Arbeit im Jahr 2019. Versorgungsengpässe haben vielfältige Ursachen. Sie treten bei fast allen Produktgruppen auf und durch die starke Verlagerung der Produktion pharmazeutischer Wirkstoffe nach Ostasien kommt es zu Abhängigkeiten und Konzentration auf wenige Hersteller. Dieses Gefüge ist sehr anfällig auf Lieferunterbrechungen. Störungen der Marktbalance durch Parallelexporte oder gar Marktrückzüge von einzelnen Produkten aufgrund wirtschaftlicher Überlegungen führen zu Lücken in der Versorgung. Mit einer Meldepflicht für Engpassituationen für alle rezeptpflichtigen Arzneimittel wollte die Medizinmarktaufsicht mehr Transparenz schaffen und den Ärzten, Krankenhäusern und Patienten die Möglichkeit geben, sich auf Lieferschwierigkeiten einzustellen. An der bloßen Meldepflichtigung wurde seitens der Pharmaindustrie kritisiert, dass auf die Ursachen keine Einwirkung vorgenommen wird. Um diesbezügliche Möglichkeiten auszuschöpfen, wurde in die Verordnung aufgenommen, jene Produkte mit einem Exportverbot zu belegen, bei denen Paral-

lelexport die alleinige Ursache des Lieferengpasses darstellt. Gegen Ende des Jahres 2019 wartete die entsprechende Verordnung auf die Freigabe durch die europäische Kommission.

Neuordnung der Sozialversicherung

Im Jahr 2019 kam die im vorangegangenen Jahr gesetzlich verankerte Reform der Sozialversicherung in eine Übergangsphase, die für das gesamte Jahr 2019 geplant war. Dabei konnte die Vorbereitung der Zusammenlegung der Sozialversicherungsträger schrittweise

vorangetrieben werden. Die Änderung der Zusammensetzung der Heilmittel Evaluierungskommission (HEK) wird mit Beginn 2020 in Kraft gesetzt. Trotz des Zerbrechens der Koalition aus Volkspartei und Freiheitlichen wurde an der Reform festgehalten. Auch der verfassungsrechtlichen Überprüfung hielt das reformgesetzliche Paket weitgehend stand.

Bruch der Koalition ohne Folgen für die Pharmawirtschaft

Nach dem Einsetzen einer Übergangsregierung ist es zu überstürzten Versuchen gekommen, das freie Spiel der Kräfte im Parlament vor den Wahlen zu nützen, um arzneimittelrechtliche Änderungen zu Lasten der Pharmaindustrie durchzubringen. Per Initiativantrag sollte die Wirkstoffverschreibung neben der Angabe der Arzneispezialität eingeführt werden, um den Apothekern die Möglichkeit zu geben, eine wirkstoffgleiche Arzneispezialität abzugeben (aut idem-Regelung). Zusätzlich sollte in Notfällen – zwar nach Rücksprache mit dem behandelnden Arzt – auch die Abgabe eine Arzneispezialität mit ähnli-

chem Wirkstoff möglich gemacht werden (aut-simile-Regelung). Die Einführung dieser Regelung hätte gemeinsam mit den ungebremsten Möglichkeiten zum Parallelexport von Arzneimitteln die Versorgungskrise für österreichische Patienten verschlimmert. Der Fachverband hat sich vehement dagegen ausgesprochen. Letztlich hat dieser Initiativantrag im Parlament keine Behandlung erfahren. Der Sturz der Regierung und die Neuwahlen

haben überdies jegliche Diskussion zu einer allfälligen Nachfolgevereinbarung für den Rahmen-Pharmavertrag zum Erliegen gebracht.

Forderungen des Regierungsprogramm 2020+

Der Fachverband hat in Vorbereitung auf die Verhandlungen zum Regierungsprogramm einen 10-Punkte-Katalog mit Forderungen erstellt. Diese betreffen in erster Linie Maßnahmen zur Verbesserung der Rahmenbedingungen hinsichtlich Planbarkeit, Investitionen und Innovationsfreundlichkeit, um insgesamt den Pharmastandort zu stärken. Zudem sollte ein umfassender Zugang der Versicherten zum therapeutischen Fortschritt gewährleistet werden. Freilich sollte die nachhaltige und langfristige Stabilität des solidarisch finanzierten Gesundheitssystems im Auge behalten werden. Die Digitalisierung sollte genutzt werden, um Bürokratie möglichst zu vereinfachen. Besonderes Augenmerk sollte auf die Ausgewogenheit der Auslegung der Regeln zur Erstattung von Arzneimitteln gelegt werden.



Foto: © dobestock/KaeslerMedia

Vorbereitungen auf das Inkrafttreten der Fälschungsrichtlinie

Die Vorbereitungen auf das Inkrafttreten der Fälschungsrichtlinie sind in Österreich durchaus ambitioniert vorgenommen worden. Trotzdem sind Probleme aufgetreten, die eine sogenannte Stabilisierungsphase bei der Anwendung und Einführung des Systems in den Apotheken notwendig gemacht haben. Zur endgültigen Beseitigung der technischen Schwierigkeiten wurde die Stabilisierungsphase verlängert und gegen Ende des Jahres in eine Startphase übergeführt. In dieser Startphase müssen Fehler bereits restriktiver gehandhabt werden, als dies in der Stabilisierungsphase notwendig war.

Ergänzende Schutzzertifikate bleiben erhalten, Generikahersteller in Europa erhalten Chancengleichheit

2019 konnte ein langer und schwieriger Gesetzgebungsprozess, zu dem es auch innerhalb der Industrie gegensätzliche Standpunkte gab, abgeschlossen werden. Der Kompromiss zu den ergänzenden Schutz-

zertifikaten enthält die Hersteller ausnahme für Generikahersteller einschließlich einer Erlaubnis zur Lagerhaltung, die sechs Monate vor dem Auslaufen des Schutzzertifikates beginnt. Die neue Regelung soll nach fünf Jahren einer Revision unterzogen werden. Der beschlossene Text verändert weder den Umfang des ergänzenden Schutzzertifikates selbst, noch die Dauer von dessen Gültigkeit.

Wenig Fortschritt auf der europäischen Ebene

Die Aktivitäten auf europäischer Ebene wurden hauptsächlich durch die Verzögerungen beim Austritt des Vereinten Königreiches aus der EU (BREXIT), den Neuwahlen zum europäischen Parlament und der europäischen Kommission und der damit verbundenen Fokussierung auf die daraus folgenden Umstellungsvorgänge geprägt. Dabei wurde auch ein sogenannter ‚Pharmaceutical Review‘, also eine umfassende Überarbeitung der Gesetzgebung zu Arzneimitteln, auf die politische Bühne gebracht. Die neu etablierte Kommission hat angekündigt, Anfang 2020 entsprechende Pläne zur Konsultation aufzulegen.

Covid-19-Krise zeigt Belastungsgrenzen der Lieferkette auf

Zu Beginn der Covid-19-Krise war für die Pharmaindustrie eine enorme Steigerung der Nachfrage zu bewältigen: Die Patienten haben sich für einen deutlich längeren Zeitraum bevorratet und damit eine vorübergehende Verknappung verursacht. In weiterer Folge wird eine deutlich geringere Nachfrage als üblich erwartet, auch weil Arztbesuche eher aufgeschoben werden. Darüber hinaus sind nun deutliche Zweifel darüber zu Tage getreten, ob sich im Krisenfall die globalen Wertschöpfungsketten als ausreichend belastbar erweisen. Als Konsequenz aus der Krise sollten jedenfalls allfällige Struktur-schwächen aufgespürt und beseitigt werden. Die Forschungsaktivitäten der Pharmabranche stehen jedenfalls im besonderen öffentlichen Interesse, große Hoffnungen werden in eine rasche Entwicklung eines Impfstoffs gesetzt.

KUNSTSTOFF

Der Produktionswert der Kunststoffhersteller war im Jahr 2019 mit -7,7 Prozent rückläufig. Die kunststoffverarbeitende Industrie konnte ihren Umsatz gerade mal um 1,7 Prozent steigern. Am besten entwickelten sich Verpackungsmittel, während Halbzeug stagnierte. Auch beim Export konnte die österreichische kunststoffverarbeitende Industrie keine Zuwächse verzeichnen, der Wert der Ausfuhren von Kunststoff als Rohstoff war rückläufig.

Die COVID-19 Pandemie bringt auch die Kunststoffbranche ins Wanken,

je nach Produktionspartie auf unterschiedliche Weise. Kunststoffprodukte, die schützen, sind im Kampf gegen die COVID-19-Krise von entscheidender Bedeutung. Systemrelevante medizinische Geräte und persönliche Schutzausrüstung werden derzeit mit allen verfügbaren Kapazitäten und mittels Umstellung der Produktionslinien hergestellt. Während die Hersteller von Verpackungen für Lebensmittel, insbesondere im Convenience-Bereich, teilweise an ihre Grenzen stoßen, sehen sich die Zulieferer der Bau- und Automobil- sowie Aviation-Industrie mit einem

erheblichen Nachfragerückgang um bis zu 90 Prozent konfrontiert. Die Abschätzung für die kommenden Monate bleibt unsicher, teilweise wird eine Erholung erst 2022 erwartet.

Die Branche beobachtet jedoch auch, dass sich die Sicht der Verbraucher auf Kunststoffverpackungen für das Funktionieren der Versorgungsketten für Lebensmittel und andere lebenswichtige Güter während der Krise verändert hat. Es bleibt zu hoffen, dass diese Entwicklungen künftig zu einer objektiveren Diskussion über Kunststoffverpackungen beitragen werden.



Foto: © AdobeStock/GerhardSybert



Um auf den richtigen Umgang mit Kunststoff hinzuweisen, hat der Fachverband Mehrweg-Tragtaschen aus Recyclingmaterial mit der Aufschrift „RECYCLIN' PLASTICS – PROTECTIN' NATURE“ produzieren lassen. Diese wurden einerseits bei Veranstaltungen, aber auch durch eine groß angelegte Samplingaktion unter die Leute gebracht. Ein Gewinnspiel auf Social Media brachte zusätzlich Aufmerksamkeit.

RETHINKING PLASTICS

Verpflichtende Recyclingquoten, Verbote von Einwegprodukten und mediale Berichte über „Plastik“-Littering heizen die Diskussion über den Wertstoff Kunststoff weiter an. So muss Österreich seine derzeitige Kunststoffrecyclingrate bis 2025 verdoppeln und bis 2029 90 Prozent Getränkeflaschen getrennt sammeln, die bis 2025 25 Prozent Rezyklat enthalten müssen. Der FCIO hat in Abstimmung mit der Kunststoff-Lieferkette ein 10-Punkte-Maßnahmenpaket „RETHINKING PLASTICS – so wird Österreich zur Vorzeigeregion für nachhaltige Kunststoffkreisläufe“ erarbeitet, das den Weg zur Zielerfüllung aufzeigt. Das umfassende 10-Punkte-Maßnahmenpaket beinhaltet sämtliche Aspekte für einen nachhaltigen Umgang mit dem „Wertstoff“ Kunststoff.

Hauptaugenmerk muss auf der Förderung von Recycling-Kreisläufen liegen, wobei Recycling von Kunststoffen bereits mit dem Design von Produkten beginnt, um späteres Recyceln zu ermöglichen. Um hochwertiges Rezyklat zu erhalten, müssen Sammel- und Sortiersysteme ausgebaut werden, um ausreichende Mengen sortenreines Material zu erhalten. Ein weiterer Schritt zum nachhaltigen Umgang mit Kunststoffen ist der Einsatz von

Mehrweg- statt Einweg-Produkten, wann immer es hygienisch und ökologisch vertretbar ist, beispielsweise bei Getränkebechern und Refill-Lösungen.

Für Maßnahmen von Seiten der Politik fordert die Branche künftig eine verpflichtende Verwendung von Ökobilanzen. Neben den nationalen Maßnahmen sollte sich Österreich auch auf europäischer und internationaler Ebene stärker einbringen: Unausweichlich für eine Reduktion von Marine Litter ist ein europaweites Deponie-Verbot sowie ein vermehrtes politisches Engagement auf globaler Ebene. Die Technologieführerschaft Österreichs beim Sortieren und Rezyklieren gehört weiter ausgebaut, um dann Know-how in Regionen der Welt zu exportieren. Insbesondere in Asien und Afrika mangelt es derzeit noch an Abfallmanagementkonzepten.

Bei einer erfolgreichen Umsetzung des 10-Punkte-Maßnahmenpakets der Kunststoffindustrie können beträchtliche Ressourcen eingespart und Abfall vermieden werden. Es können damit bis 2025 über 95 Prozent der PET-Flaschen ins Recycling rückgeführt werden, bei anderen Kunststoffarten sollen bis 2040 ebenfalls über 95-prozentige Rückführungsquoten ins Recycling realisiert werden. Voraussetzung ist hierfür ein Schulterchluss

aller Stakeholder von Unternehmen, über Politik, Verwaltung, Forschung, Gemeinden bis zu NGOs.

Der Fachverband initiierte Ende 2019 in Kooperation mit dem Umweltministerium Recycling-Leuchtturm-Projekte, deren Ziel ein nationaler Kreislauf mehrerer Kunststoffarten ist.

Schwerpunkt Chemikaliengesetzgebung

Die Arbeiten an einer REACH Registrierungspflicht für Polymere schreiten weiter voran. Die wissenschaftlichen und technischen Studien zur Erarbeitung von Kriterien für Identifizierung und Gruppierung von der sogenannten Polymers requiring Registration (PRR) stehen vor dem Abschluss. Auf Kommissionsebene wurde ein Gremium zur Erarbeitung des Verordnungstextes gegründet, in dem der Fachverband vertreten ist.

Der Abschluss des Dossiers für eine Mikroplastik-Beschränkung im Rahmen der REACH Verordnung wird 2020 erwartet. Von einem Verbot werden vor allem Mikroplastik-Partikel in Kosmetika, Reinigungsmitteln und Anstrichmitteln betroffen sein, allerdings sind auch Pflichten für alle Granulathersteller und Verarbeiter angedacht.

PFLANZENSCHUTZ

F&E fördern und damit Pflanzengesundheit erhalten

Hohe Ernteauffälle, Expertenmeinungen beim IGP Dialog und die Aktion schauFELDER belegen den Handlungsbedarf in der Landwirtschaft. Die IGP will das Jahr der Pflanzengesundheit 2020 mit eigenen Maßnahmen unterstützen.

Die letzten Jahre haben gezeigt, dass der Klimawandel künftig die zentrale Herausforderung für die Landwirtschaft sein wird. Wetterkapriolen und Trockenperioden wirken sich bereits jetzt negativ auf die Gesundheit der Kulturpflanzen aus, machen sie anfälliger gegenüber Schadfaktoren und beeinflussen die Erträge und die Qualität des Ernteguts.

schauFELDER belegen Nutzen von Pflanzenschutz

In dieser Situation sind die Landwirte auf effiziente Betriebsmittel angewiesen. Nur so ist eine leistungsfähige regionale Landwirtschaft möglich. Das hat die Industrie-Gruppe Pflanzenschutz 2019 mit der Aktion schauFELDER erneut belegt. Im Zuge des Projekts legen die teilnehmenden Landwirte in ihren integriert bewirtschafteten Kulturen eine Parzelle an, in der sie auf Pflanzenschutzmaßnahmen verzichten. Die Unterschiede zwischen behandelter und unbehandelter Parzelle waren gravierend: Bei der Gerste gab es im Vergleich 26 Prozent Ernteverlust, beim Weizen 30 Prozent und bei der Rübe einen Totalausfall.

IGP Dialog: Rahmenbedingungen verbessern

Die Auswirkungen fehlender Pflanzenschutzmittel-Wirkstoffe wurden auch beim IGP Dialog diskutiert. Drei hochkarätige Experten erörterten zum Thema „Not in my backyard: Wo findet die Landwirtschaft von morgen statt?“, welche Rahmenbedingungen die Landwirtschaft benötigt und ob sie künftig noch in Österreich stattfinden wird. Schon jetzt belegt der Grüne Bericht 2019, dass die Lebensmittel im Supermarkt zu einem großen Teil im Ausland produziert werden. Bei Getreide beträgt der Selbstversorgungsgrad Österreichs 86 Prozent, bei Gemüse 56 Prozent, bei Obst 40 Prozent und bei pflanzlichen Ölen gar nur 27 Prozent.

Olga Voglauer (Die Grünen), Lorenz Mayr (LK Niederösterreich) und Andreas Steidl (REWE) kamen überein, dass eine zukunftsfähige heimische Landwirtschaft mehr Brücken zwischen integrierter und biologischer Landwirtschaft bauen und die Vorteile beider Bewirtschaftungsformen nutzen sollte. Keynote-Speaker Johannes Mayr betonte dazu, dass sich die landwirtschaftlichen Betriebe markt-, kunden- und konsumentenorientiert ausrichten sollten, um langfristig überlebensfähig zu sein.

Im Zuge der Veranstaltung wurde die neue Schriftenreihe zum IGP Dialog präsentiert. Damit macht die Industrie-Gruppe Pflanzenschutz die unterschiedlichen Beiträge zugänglich und leistet einen wichtigen Beitrag zu einem offenen und sachlichen Agrardiskurs.

2020 ist Jahr der Pflanzengesundheit

Künftig will sich die Industrie-Gruppe Pflanzenschutz noch stärker in den Agrardiskurs einbringen. Die Gesundheit der Kulturpflanzen und damit die globale Versorgung mit hochwertigem Essen ist ernsthaft gefährdet. Das zeigen die globalen Ernteverluste von 40 Prozent. Dabei wird die Industrie-Gruppe Pflanzenschutz vor allem das von der UN-Vollversammlung ausgerufenen Jahr der Pflanzengesundheit 2020 mit eigenen Aktivitäten unterstützen. Ziel ist, eine Intensivierung von F&E-Maßnahmen sowie eine verstärkte internationale Zusammenarbeit zur Eindämmung von Schadfaktoren zu erreichen. Von der Europäischen Union wird die Industrie-Gruppe Pflanzenschutz eine klare agrarische Nachhaltigkeits- und F&E-Strategie einfordern. Nur mit einem entsprechend hohen Innovationsgrad sind die Hersteller von Pflanzenschutzmitteln imstande, innovative Lösungen zu entwickeln, die die bestehenden Wirkstoffe ergänzen und ersetzen. Denn die Landwirtschaft sollte sich nicht nur hinsichtlich einer zunehmenden Technologisierung mit präziser Ausbringungstechnik und digitaler Unterstützung weiterentwickeln, sondern auch mit innovativen und modernen Wirkstoffen.

→ IgpPflanzenschutz.at



Foto: © AdobeStock/EwaStudio

DÜNGEMITTEL

Mineralische Düngemittel

Nach einem deutlichen Absatzrückgang an mineralischen Pflanzennährstoffen in Österreich 2017/18 ist die Absatzmenge im Wirtschaftsjahr 2018/19 nochmals deutlich geschrumpft – von 113.000 auf 99.000 Tonnen Stickstoff. Als Gründe sind neben der deutlich wachsenden Biolandbauflächen der außerordentliche Witterungseinfluss zu nennen: Höhere Nährstoffvorräte im Boden und großflächiger Wassermangel veranlassten die Landwirte, das Stickstoff-Düngungsniveau im vergangenen Jahr deutlich zu reduzieren. Der gleiche Trend zeigte sich auch bei Kali und Phosphor. Dadurch blieb mehr Dünger in den Lagern der Agrarhändler und Lagerhäuser zurück und die Absatzmengen der Industrie in Österreich sanken.

Trotzdem konnte die heimische Düngemittelindustrie die Produktions- und Absatzmengen deutlich steigern und auf Exportmärkten erfolgreich Marktanteile gewinnen. Damit konnte das Kalenderjahr 2019 nach mehreren schwierigen Jahren erfolgreich abgeschlossen werden.

Auf Basis sich erholender Agrarmärkte und europaweit stabiler Hektarerträge, blickt die Düngerindustrie auch positiv auf das laufende Düngjahr 2020. Mehrjährig nach vorn blickend, ist der EU Green Deal einer der größten Treiber für mehr Innovation beim Nährstoff-Recycling und dem zukünftigen Energiemanagement im Bereich erneuerbare Energien mittels Wasserstoffhydrolyse und Dekarbonisierung der Luftstickstoff-Bindung (Ammoniak-synthese).

Neben der Düngemittelproduktion wird aber auch die Anwendung von Mineraldünger deutlich innovativer werden. Die Bemessung des Düngedarfs basierend auf Satellitenkarten für jedes einzelne Feld in Europa wird zur Realität werden und dem Landwirt neue Möglichkeiten im Digital Farming eröffnen.

Organische Düngemittel

Die Nachfrage nach organischen Produkten war auch 2019 sehr gut, was am weiterhin hohen Anteil an Bio-Flächen in Österreich liegt. Für 2020 sind keine großen Veränderungen bei organischen Düngemitteln zu erwarten. Die Diskussion mit Bio Austria, welche Produkte künftig einsetzbar sein sollen oder nicht, ist noch nicht beendet.

Braucht Selbstversorgung in Krisenzeiten

Die Corona-Krise hat uns vor Augen geführt, dass Österreich auf eine solide Grund- und Selbstversorgung durch die heimische Landwirtschaft angewiesen ist. Deshalb sollten auf regulatorischer Ebene die richtigen Rahmenbedingungen geschaffen werden, um die Landwirte mit innovativen Betriebsmitteln versorgen zu können. Nur so können sie ausreichend hochwertige und regionale Lebensmittel produzieren.

WASCHMITTEL, KOSMETIK, AEROSOLE

Für die Mitgliedsbetriebe des Fachverbandes, die im Bereich der Wasch- und Reinigungsmittel bzw. Kosmetika und bei Aerosolen tätig sind, war 2019 ein durchaus gutes Jahr. Trotz eines gesättigten Inlandmarktes und eines steigenden Kostendrucks, sowie der Konkurrenz durch die Eigenmarken des Handels, konnten Umsatzsteigerungen erzielt werden. Im Wasch- und Reinigungsmittelbereich hielt die erfreuliche Entwicklung der letzten Jahre in den Exportmärkten in Osteuropa an.

Im Gegensatz dazu konnte im professionellen Reinigungsbereich kein nennenswerter Umsatzzuwachs erzielt werden. Kostenbremsen bei der öffentlichen Beschaffung, Steigerung der Rohstoffkosten und deutlich erhöhte regulatorische Anforderungen wirkten sich auf Umsatz und Ergebnis aus. Wie bedeutend gerade diese Branche für die Gesellschaft ist, zeigt sich aber bei der aktuellen Coronakrise. Rasch wurden die Produktionen angepasst, um die Verfügbarkeit von wirksamen Hände- und Flächendesinfektionsmitteln für das Gesundheitswesen, die Lebensmittelversorgung und alle anderen Betriebe sicher zu stellen.

Großer regulatorischer Druck für Wasch- und Reinigungsmittel

Das EU-Stoffrecht mit seinem überproportionalen Verwaltungsaufwand stellt die Branche vor große Herausforderungen. REACH, CLP und Biozidrecht sind hauptverantwortlich, dass die Wasch- und Reinigungsmittelindustrie im Vergleich mit anderen Branchen der chemischen Industrie überproportional von Gesetzesfolgekosten betroffen ist, besonders im administrativen Bereich. Um bei der Coronakrise ausreichend Desinfektionsmittel bereitstellen zu können, musste eine Ausnahmegenehmigung beantragt werden. Ein weiteres Beispiel ist die kommende Meldung an Vergiftungsinformationszentralen: aufgrund der beschlossenen, detaillierten Informationen, die im Zuge der Notifikation notwendig sind, ist gerade bei häufigen Rezepturänderungen einer innovativen Branche mit weiter steigender Bürokratie zu rechnen anstelle der angestrebten Einsparungen aufgrund der EU-weiten Harmonisierung.

Eine Entlastung der Unternehmen im Verwaltungsaufwand ist unbedingt notwendig, gerade für eine Branche, die hohe Anstrengungen in freiwillige Nachhaltigkeitsaktivitäten setzt. Leider ist diese mit dem Green Deal auf EU-Ebene oder dem Regierungsprogramm in Österreich nicht wirklich absehbar.

Umweltschonende Innovationen von effizienten Wasch- und Reinigungsmitteln sind jetzt schon eine wesentliche Säule für die wirtschaftliche Stabilität der Branche. Im Rahmen der Bemühungen um eine effiziente Kreislaufwirtschaft, wurden mit einer freiwilligen EU-weiten Initiative neue Maßstäbe bei Verpackungen gesetzt: Bis 2025 sollen alle Verpackungen vollständig verwertbar, wiederverwendbar oder kompostierbar sein und mindestens 20 Prozent

Rezyklat enthalten. Ein Pilotprojekt für die verstärkte Nutzung von Polyolefinrezyklaten wurde mit Unterstützung des Umweltministeriums gemeinsam mit Abfallsammlern und -behandlern in Österreich in die Wege geleitet.

Kosmetikrecht mit vielen Unsicherheiten

Beinahe ein Jahrzehnt ist seit der verpflichtenden Anwendung der neu gefassten EU-Kosmetikverordnung nunmehr vergangen. Aber immer noch gibt es viele offenen Punkte, die im Sinn der Rechtssicherheit auf EU-Ebene rasch bereinigt werden müssen: Das Zusammenspiel zwischen Chemikalienrecht und den stoffspezifischen Anhängen der EU-Kosmetikverordnung; die unklare, weitgefaste Definition von Nanomaterialien; die Kennzeichnung von Duftstoffen und die Festlegung der Kriterien für endokrine Disruptoren.

Trotz der freiwilligen Selbstverpflichtung zum Ersatz von Mikroplastikpartikeln in allen Produkten, die direkt in die Umwelt gelangen, stehen im Rahmen von REACH zusätzlich Beschränkungen bevor. Gerade bei Make-up, Nagel- und Lippenpflege lassen die Entwicklungen unverhältnismäßig kostspielige Reformulierungen ohne markanten Umweltnutzen befürchten.

Die Kommunikation mit der interessierten Öffentlichkeit wird unter der Branchenplattform (<http://kosmetik-transparenz.at>) online fortgesetzt und der interaktive Dialog gezielt forciert. Ein moderner Internetauftritt, regelmäßige Newsletter und Blogs über neueste Trends und Entwicklungen führen zu einer erfreulichen Akzeptanz.

EU-Kunststoffstrategie bremst die Entwicklung neuartiger Aerosole

Die europäische Aerosolrichtlinie, die die Rahmenbedingungen für das Inverkehrbringen von Aerosolen regelt, ist bestimmt eine der ältesten, bestehenden Regelungen in der EU; aber sie funktioniert. Einerseits wird neuen Entwicklungen, wie der Einsatz von Druckluft anstelle von druckverflüssigten Gasen, Rechnung getragen; andererseits wird die weitere Entwicklung von Kunststoff-aerosolen durch die EU-Strategie gebremst. Die seitens der EU-Kommission in Aussicht gestellte Erhöhung der Nennfüllmenge für Kunststoff-aerosole, die neue innovative Einsatzmöglichkeiten für das Verpackungsmaterial erlaubt, wird momentan leider nicht weiterverfolgt.

Einen wesentlichen Schritt in Richtung Verwaltungsvereinfachung sollte die Neuregelung der Lagerung von Aerosolen darstellen, die Ende 2018 veröffentlicht wurde. Bei gleichbleibender Sicherheit können im Handel nicht nur die Kosten gesenkt werden, sondern es werden auch planbare Rahmenbedingungen geschaffen. Leider wird dieses Potential durch die zögerliche Umsetzung im Handel noch nicht voll ausgeschöpft.



LACKINDUSTRIE

HOLZ-SCHUTZ-MITTEL

Foto: © AdobeStock/unclesam

Die Unternehmen der österreichischen Lack- und Anstrichmittelindustrie blicken auf ein mäßig zufriedenstellendes Jahr 2019 zurück. Obwohl sich die einzelnen Bereiche durchaus unterschiedlich entwickelt haben und insbesondere der durch die noch gute Baukonjunktur getragene Bautenfarbenbereich noch leicht zulegen konnte, ist insgesamt eine nur leicht steigende Entwicklung zu erkennen. Die österreichische Lackindustrie konnte auch im Jahr 2019 nur Zuwächse um ca. 3 Prozent verzeichnen. Nichtsdestotrotz muss aber hervorgehoben werden, dass sich die österreichische Lack- und Anstrichmittelindustrie in den für sie so wichtigen Exportmärkten in Zentral- und Osteuropa überraschend gut behaupten konnte und wie in den vergangenen Jahren der Export eine wesentliche Stütze war. Der Gesamtumsatz der Branche befand sich bei einer knappen halben Milliarde Euro.

Es zeichnet sich ab, dass es durch die Corona-Pandemie auch in der Lack- und Anstrichmittelindustrie 2020 und wahrscheinlich darüber hinaus zu dramatischen Einbrüchen kommen wird. Besonders im Automobilbereich aber auch im Industrie-

lacksektor generell wird der Rückgang sehr groß sein und eine Erholung nicht so schnell eintreten.

Titandioxid

Wie schon in den letzten Jahren standen insbesondere die von der Europäischen Union vorgegebenen Rahmenbedingungen im Bereich des Umwelt- und Arbeitnehmerschutzes im Fokus der Berufsgruppenarbeit. Trotz des mittlerweile jahrelangen Widerstandes der gesamten europäischen Lack- und Anstrichmittelindustrie hat die Europäische Kommission am 4. Oktober 2019 entschieden, das Weißpigment Titandioxid in Pulverform als einen Stoff „mit Verdacht auf krebserzeugende Wirkung beim Menschen durch Einatmen“ einzustufen. Die Einstufung soll auch für pulverförmige Gemische gelten, die Titandioxid von mindestens einem Prozent in Partikelform enthalten.

Am 18. Februar 2020 ist der Rechtsakt, mit dem Titandioxid als Karzinogen-Kategorie 2 einzustufen ist, im Amtsblatt verlautbart worden. Die neue Einstufung wird, sollte der EUGH nicht anders entscheiden, am 19. September 2021 in Kraft treten. Die ös-

terreichische Lack- und Anstrichmittelindustrie wird aber gemeinsam mit dem deutschen Verband gegen diese Entscheidung vorgehen und für den Fall der Beteiligung von Mitgliedsunternehmen, gemeinsam mit Mitgliedsunternehmen des deutschen Verbandes, eine Streitgenossenschaft organisieren. Ein Rechtsgutachten räumt einer Klage durchaus Erfolgsaussichten ein.

Biozide

Aufgrund der drängenden Probleme im Bereich der Topfkonservierung hat sich die Berufsgruppe Lack- und Anstrichmittelindustrie entschlossen, das Branchenprojekt „InCanPres“ bezüglich Innovationen in der Topfkonservierung zu initiieren. Das geplante Branchenprojekt soll sich der Entwicklung von Innovationen in der Topfkonservierung widmen und den Zugang zu sicheren, verträglichen und qualitativ einwandfreien Produkten nachhaltig gewährleisten. In das Projekt sollen auch Rohstoff- und Gebindehersteller eingebunden werden, ebenso wie universitäre Einrichtungen (Fachhochschulen) bzw. auch der Verein für Konsumenteninformation.

Ausbildung

Erfolgreich gestartet ist im Oktober 2018 der FH-Lehrgang „Applied Chemistry“. Die österreichische Lack- und Anstrichmittelindustrie bemüht sich hier neben den zwei bestehenden Modulen ein drittes Modul „Surface Technology“ zu etablieren. Die Chancen stehen dabei sehr gut. Die bisherige Zusammenarbeit mit der FH Krets war sehr erfolgreich und die Bedürfnisse der Lack- und Oberflächenbeschichtungsindustrie wurden bereits im Basismodul – in der 4-semesterigen Grundausbildung – berücksichtigt.

An der FH Krets ist ein akademischer Lehrgang „Surface Technology“ als Modul des Bachelorstudiums „Applied Chemistry“ in Planung. Als Vorstufe hätte eine Summerschool in den Ferien 2020 stattfinden sollen, sie wurde allerdings aufgrund der Corona-Krise auf den Sommer 2021 verschoben. Dieser neue vertiefende Schwerpunkt vereint praktische und theoretische Ausbildung im Bereich der Oberflächen-, Material- und Lackchemie. Geplant sind 140 Lehreinheiten. Der Lehrgang soll nicht nur den Studierenden, sondern auch externen Interessenten mit

entsprechender Qualifikation angeboten werden. Die Berufsgruppe hält aber am neuen FH Lehrgang „Surface Technology“ weiter fest.

Auch beim Lehrberuf Lacktechnik gibt es für jene, die das Modul Lacktechnik gewählt haben, erfreuliche Entwicklungen. Die Berufsschule St. Pölten wird ab 2020 zur zentralen Ausbildungsstätte für alle Lehrlinge mit dem Modul Lacktechnik.

Öffentlichkeitsarbeit

All diese Initiativen der Berufsgruppe Lack- und Anstrichmittelindustrie wurden auch im Jahr 2019 wieder einer breiten Öffentlichkeit im traditionellen Presseclub Lack vorgestellt. Hauptthemen dabei waren neben der wirtschaftlichen Entwicklung, insbesondere die anstehende Neueinstufung von Titandioxid und die Auswirkungen des Wegfalls von wichtigen bioziden Wirkstoffen für die Topfkonservierung. Als „Ceterum Censeo“ wurden die Forderungen der österreichischen Lackindustrie nach planbaren, vernünftigen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen an die Medien herangetragen und brachten dort auch ein gutes Echo.

Im Zentrum der Branchenarbeit stand 2019 die mangelnde Verfügbarkeit von Wirkstoffen für einen effizienten Holzschutz. Durch die zeitlichen Verzögerungen im Rahmen des Review programs auf Seiten der europäischen Chemikalienagentur ECHA, kommen die Produzenten von zugelassenen Holzschutzmitteln unter Druck, weil die Zulassung einzelner Produkte abzulaufen droht. Auf Initiative der Industrie, hat aber die Competent Authority Group der Mitgliedsländer einer Verlängerung der Zulassungen auf 2025 zugestimmt.

Auch für 2020 wurde das österreichische Holzschutzmittelverzeichnis in seiner 47. Auflage herausgebracht und ist seit Jänner 2020 als Broschüre wie auch online verfügbar.

TECHNISCHE GASE

Die Gaseindustrie hatte mit über 5 Prozent auch 2019 ein dynamisches Wachstum zu verzeichnen. Treiber waren die Rohrleitungs- und Großkunden. Allerdings hat sich dieses Wachstum im zweiten Halbjahr verlangsamt. Die Strompreisentwicklung drückt zunehmend auf die Kosten. Die CO₂-Versorgungssituation hat sich gegenüber dem Vorjahr entspannt. Durch steigenden Bedarf kam es insbesondere bei Helium und weiterhin auch Argon zu einer Verknappung. Dies schlug zum einen auf die Preise und andererseits auf die Versorgungssicherheit durch. Es wurde weniger Helium für Werbezwecke eingesetzt, um die Versorgung der Medizin und der Industrie sicherzustellen. Die Unternehmen des Verbandes haben ein sehr hohes Sicherheitsniveau in den Produktions- und Distributionsprozessen erreicht und arbeiten permanent an weiteren Optimierungen.

In den bevorstehenden Zeiten des Umbruchs kommt der Gaseindustrie zu Gute, dass sie breit aufgestellt ist. Während die Metallherstellung und die Automobilindustrie sowie die damit verbundenen Zulieferer in eine unsichere Zukunft blicken, entwickelt sich die Nahrungsmittelindustrie weiterhin positiv. Der Trend zu alternativen Nahrungsmitteln, vermehrtem Versandhandel und dem 3D-Druck eröffnet neue Chancen. Hier entwickeln die Unternehmen des Verbandes immer wieder neue Anwendungen für Gase, die den Markt erweitern. Die zunehmende Digitalisierung verändert nicht nur die Abläufe in den Unternehmen, sondern eröffnet auch neue Möglichkeiten für die gesamte Branche.

BAUKLEBSTOFFE

Das Jahr 2019 kann für die Branche als durchaus zufriedenstellend bezeichnet werden. Die schon im Vorjahr erreichten Umsatzsteigerungen konnten auch 2019 wiederholt werden.

Der Facharbeitermangel und die Engpässe im Logistikbereich waren auch im Jahr 2019 herausfordernd. Rohstoffseitig kam es zu einer Entspannung und daher auch zu einer zufriedenstellenden Ertragsentwicklung bei den Unternehmen.

Auch die Bauchemie und Bauklebstoffindustrie wird starke Einbußen durch die Schließung der Baustellen im Geschäftsjahr 2020 erleiden. Es ist zu hoffen, dass geplante Infrastrukturvorhaben nicht wegen Budgetengpässen verschoben werden.

Gemeinsam mit den federführenden IVK und dem Schweizer Bauklebstoffverband wurde auch 2019 wieder das Handbuch Klebetechnik herausgebracht. Im Bereich der europäischen Normung hat sich die gute Zusammenarbeit innerhalb der D-A-CH-NL-Region sehr bewährt.

Im Rahmen einer öffentlichen Begutachtung zur EU-Bauproduktenverordnung hat sich die Berufsgruppe engagiert und die Beseitigung von Marktzugangsbeschränkungen gefordert.

Gemeinsam mit dem europäischen Verband FEICA wurde an der Weiterentwicklung der EPD-Norm 15804 gearbeitet. Zur Erstellung von EPD's/PEF's bietet der europäische Verband ein neues Tool an, mit dem die geforderten Nachhaltigkeitskriterien kostengünstig erstellt werden können.

Auch der sich abzeichnende neue strategische Ansatz des Building Information Modelling (BIM) in der Bauwirtschaft war Thema der Berufsgruppenarbeit. Dieser Ansatz hat Auswirkungen auf die gesamte Wertschöpfungskette der Branche. Obwohl noch viele Fragen offen sind und die Wege in der praktischen Umsetzung ungeklärt, will sich die Berufsgruppe diesem Thema intensiv widmen und sich in die Diskussion einbringen.

KAUTSCHUKVERARBEITENDE INDUSTRIE

Im Bereich der Kautschukwaren musste ein Rückgang des Wertes österreichischer Produktion von fast 4 Prozent hingenommen werden. Dies war vor allem dem weiterhin extrem kompetitiven globalen Umfeld wie auch der sich deutlich eintrübenden Konjunktur zuzuschreiben. Die Nachfrage nach

technischen Teilen und hochwertigen Gummimischungen aus Österreich konnte sich dabei besser behaupten als der Bereich der Medizinprodukte. Dieser ist, auch wenn aktuell eine sprunghafte Erhöhung der Nachfrage durch die Covid-19-Krise verzeichnet werden kann, im internationalen Vergleich in einer

außerordentlich schwierigen Wettbewerbssituation.

Für 2020 sind kaum Prognosen möglich, da wegen der durch das Covid-19-Virus ausgelösten globalen Wirtschaftskrise eine weitere Verschärfung des Wettbewerbsdrucks zu erwarten ist.

Foto: © AdobeStock/Tr3



BITUMENEMULSIONSINDUSTRIE

Die Entwicklung der Bitumenemulsionsindustrie war 2019 als durchaus zufriedenstellend zu bezeichnen. Obwohl die Erdölpreise 2019 im Vergleich zu den Vorjahren gesunken sind, ist die Ertragssituation bei den Unternehmen nur mäßig zufriedenstellend. Schwierig ist das Geschäft mit den öffentlichen Beschaffern, die in Ausschreibungsbedingungen die Branche unter Druck setzen.

Die Technologie der Bitumenemulsionen ermöglicht eine kostengünstige Erhaltung des bestehenden Straßennetzes. Die öffentliche Hand nutzt dies verstärkt. Die Firmen konnten aufgrund der Marktsituation die Zusatzkosten aber nicht im notwendigen Ausmaß weitergeben.

Durch die Corona-Krise zeichnet sich derzeit ab, dass die anstehenden Sanierungsarbeiten im Straßennetz verschoben werden.

Auch im Jahr 2019 wurden die Produkte einer externen Qualitätsüberwachung unterzogen. Der GÖBE (Güteausschuss für österreichische Bitumenemulsionserzeuger) prüft und erteilt den Güteschutz für Bitumenemulsionen, welche von österreichischen Firmen in Österreich hergestellt werden.

FASERHERSTELLER

Die Herstellung von Fasern - in Österreich sind das neben Polyamid- und Polyethylenfasern zum überwiegenden Teil Zelluloseerzeugnisse wie Viskose - konnte trotz eines sehr schwierigen Marktumfeldes den Absatz der Produktion um 3 Prozent steigern. Damit konnte zum ersten Mal die magische 1-Milliarden-Euro-Grenze beim abgesetzten Wert aus österreichischer Produktion durchbrochen werden. Dies ist umso erfreulicher, da die

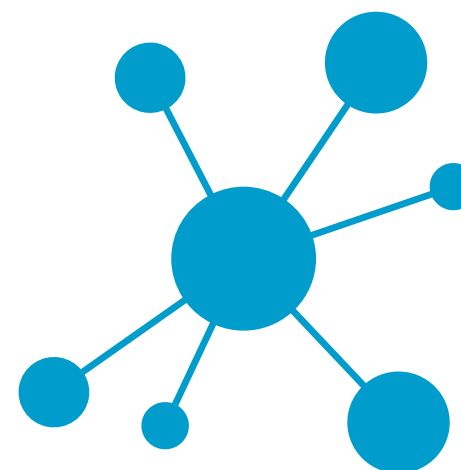
Nachfragesituation bei Textilfasern vergleichsweise schwierig war und die Preise für Standardviskose weiter gefallen waren. Dies konnte durch höhere Preise bei den Spezialfasern für unter anderen technischen Anwendungen weitgehend kompensiert werden, wobei der Anteil der Spezialfasern an der gesamten abgesetzten Menge auf über 50 % deutlich gesteigert werden konnte. 2019 wurden in Österreich auch Investitionen in den Ausbau von

Kapazitäten getätigt. Darüber hinaus ist geplant, in den kommenden Jahren auch mehr als 100 Millionen Euro in Nachhaltigkeit von Technologien und Produktionsanlagen zu investieren. Dies vor allem mit dem Ziel, den CO₂-Ausstoß um die Hälfte zu senken.

Ein Ausblick auf Grund ist aufgrund der durch das Covid-19-Virus ausgelösten globalen Krise nicht möglich.

ANHANG

Während die chemische Industrie 2018 nach langer Zeit der Stagnation wieder ein erfreuliches Wachstum vermelden konnte, bremste sich dieses im Jahr 2019 wieder deutlich ein. Im Gegensatz zu anderen europäischen Ländern und auch anderen Branchen konnte Österreichs chemische Industrie zumindest noch ein kleines Wachstum verzeichnen.



Wirtschaftsbericht	44
Geschäftsverteilung	48
Fachverbandsausschuss der chemischen Industrie Österreichs	49
Fach- und Berufsgruppenausschüsse	50
 Kontakt	 51

WIRTSCHAFTSBERICHT

Nach dem erfolgreichen Vorjahr konnte die chemische Industrie 2019 nur noch ein leichtes Wachstum von 0,5 Prozent verzeichnen, wobei sich insbesondere im 4. Quartal eine leichte Eintrübung abzeichnete. Das gesamte Jahr war von zahlreichen Unsicherheiten wie dem Brexit, Handelskonflikten sowie einer internationalen Konjunkturabschwächung geprägt. Auch wenn die Abkühlung in Deutschland noch nicht voll auf Österreich durchschlug, wurde bereits mit ähnlichen Entwicklungen hierzulande gerechnet, wenn auch zu diesem Zeitpunkt noch nicht so stark und etwas zeitverzögert, da die gute Inlandsnachfrage die Konjunktur noch stützen konnte.

Die Entwicklungen in den einzelnen Branchen der chemischen Industrie waren unterschiedlich. Während die Kunststoffverarbeitung ein Wachstum von fast 2 Prozent verzeichnen konnte, kam es im Bereich der Kunststoffherzeugung zu einem Rückgang von über 7 Prozent. Pharmazeutika stiegen mit 4,7 Prozent deutlich über dem Rest der Branche. Das Abflachen der internationalen Konjunktur zeigte sich auch am leichten Rückgang bei den organischen und anorganischen Grundstoffen, die um ca. ein Prozent nachließen. Lacke, Anstrichmittel und Klebstoffe entwickelten sich leicht positiv. Während Düngemittel

im letzten Jahr mit einem Plus von 27 Prozent deutlich zulegen konnten, gab es bei Schädlingsbekämpfungs-, Pflanzenschutz- und Desinfektionsmitteln negative Entwicklungen. Bei Chemiefasern kam es hingegen wiederum zu einer Steigerung von 3 Prozent.

Die gute Konjunktur 2018 spiegelte sich bei den Investitionen des Jahres 2019 wider. Im Vergleich zum Vorjahr stiegen die Investitionen um über 10 Prozent auf rund 790 Millionen Euro. Die hohe Auslastung der Unternehmen hat erfreulicherweise auch zu einem kräftigen Plus an Beschäftigung geführt und zwar in Höhe von 4 Prozent auf rund 47.300 Mitarbeiter.

Außenhandel mit Chemiewaren

Im Jahr 2019 konnte der österreichische Außenhandel mit Chemiewaren mit 7,7 Prozent deutlich zulegen. Exporte nach Deutschland, dem wichtigsten Handelspartner, stiegen um 4,8 Prozent, jene nach Frankreich, dem nächstgrößten Handelspartner um beachtliche 15,5 Prozent. Auch Polen entwickelte sich mit einem Plus von 12,7 Prozent überdurchschnittlich gut, Italien mit 2,1 Prozent hingegen unterdurchschnittlich. Die EU-Exporte lagen mit einem Zuwachs von 6,7 Prozent leicht unter den Gesamtexporten.

Dort schlug vor allem die verstärkte Nachfrage mit Wachstumsraten zwischen 14 und 15 Prozent aus Asien, der EFTA sowie den übrigen Staaten Europas durch, während diese in den USA (mit 1,4 Mrd. Euro Ausfuhrvolumen unser fünftwichtigster Handelspartner) stagnierte.

Die Chemie-Handelsbilanz ist insgesamt knapp negativ: 25,7 Mrd. Euro Exporten stehen 26 Mrd. Euro Importe gegenüber.

Status quo und Ausblick

Die Wirtschaftskrise aufgrund der Corona-Pandemie wirkt sich auf die meisten Betriebe der chemischen Industrie massiv aus, nur einzelne Bereiche wie z.B. Pharmazeutika, Waschmittel oder Kunststoffverpackungen spüren derzeit noch keine oder kaum direkte Auswirkungen. Die betroffenen Betriebe rechnen im Jahr 2020 im Schnitt mit Umsatzeinbrüchen von durchschnittlich 20 Prozent, v.a. Automobilzulieferer, Unternehmen in der Bauchemie sowie Systemgastronomie und -hotellerie sind teilweise mit noch größeren Umsatzeinbrüchen konfrontiert. Aufgrund der internationalen Konjunkturreinbrüche und dem hohen Exportanteil der chemischen Industrie (70 Prozent) muss mit weiteren Einbußen gerechnet werden, dies betrifft u.a. die Kunststoffwarenherstellung. Die schwierige wirtschaftliche Situation zeigt sich in der Inanspruchnahme der Kurzarbeit durch einen großen Teil der Betriebe der chemischen Industrie.

Der Fachverband wird sich dafür einsetzen, dass bei den kommenden Konjunkturprojekten die richtigen Impulse gesetzt werden, das heißt, so viel Wertschöpfung wie möglich im Inland erzeugt wird und somit ein auch ökonomisch nachhaltiger Aufschwung ermöglicht wird. Statt die Branche mit Regulierungen und Vorgaben einzuschränken und zu bremsen, müssen Unternehmergeist und Innovation gefördert werden. Nur so kann die Branche ihre Energie in die wichtigen Zukunftsthemen (Klimaschutz, Kreislaufwirtschaft, Versorgungssicherheit bei Medikamenten, etc.) investieren und ihren Teil zum Aufschwung beitragen.



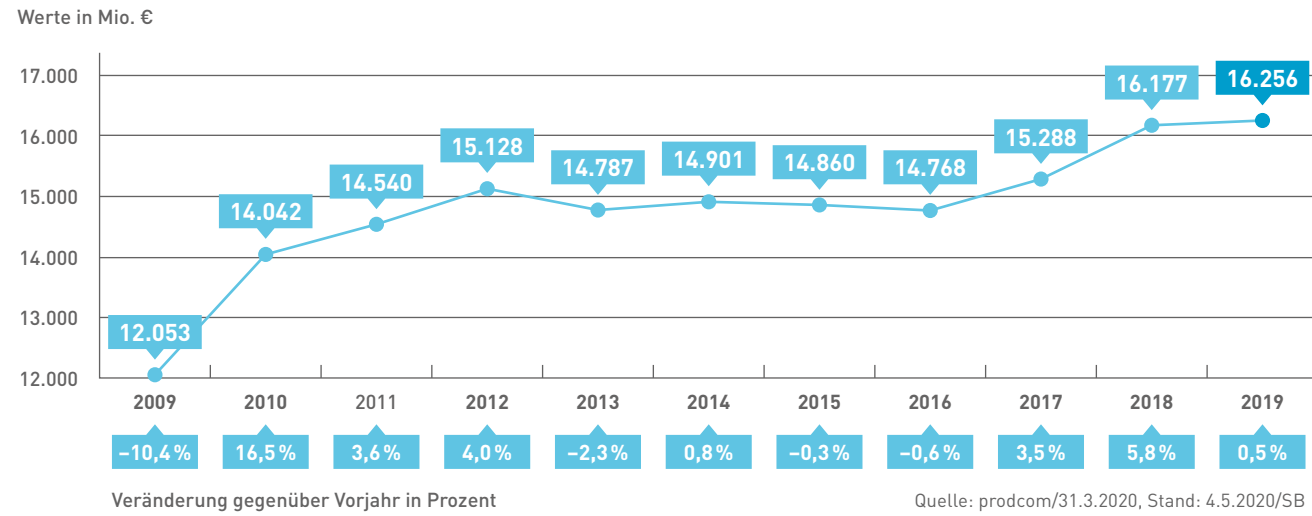
Foto: © AdobeStock/jpopba

ANTEILE DER BRANCHEN 2019

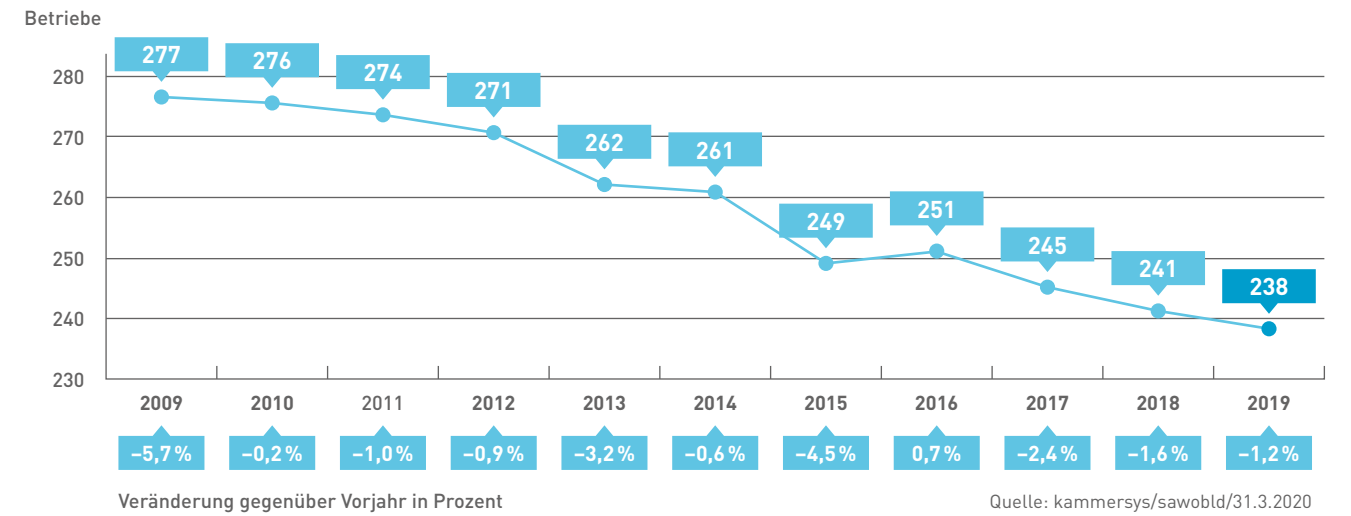


Quelle Prodcom/31.3.2020

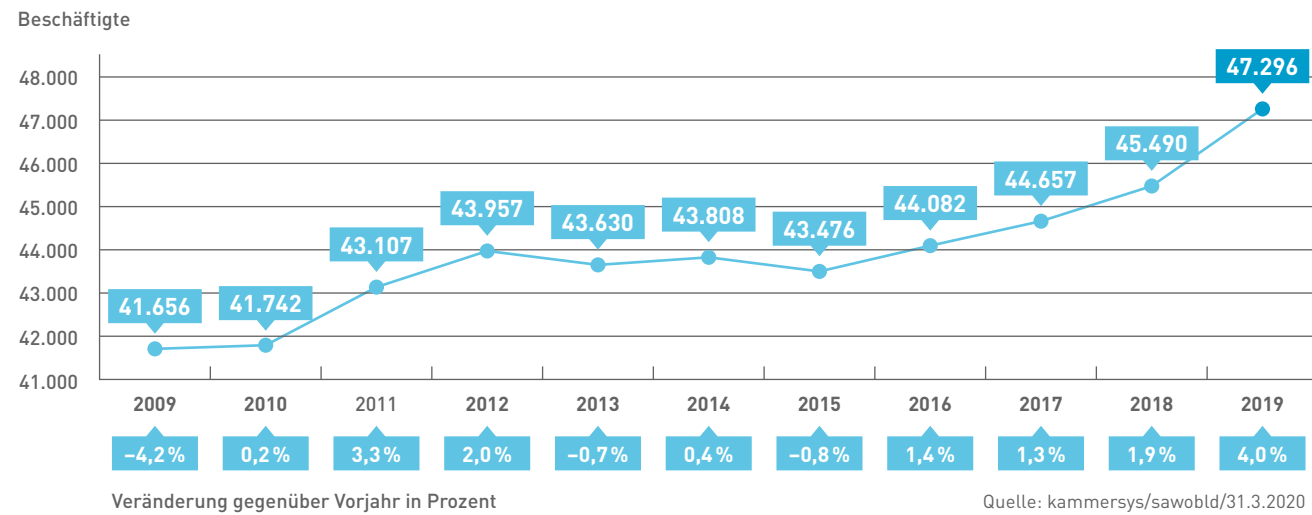
ABGESETZTE PRODUKTION DER CHEMISCHEN INDUSTRIE 2009–2019



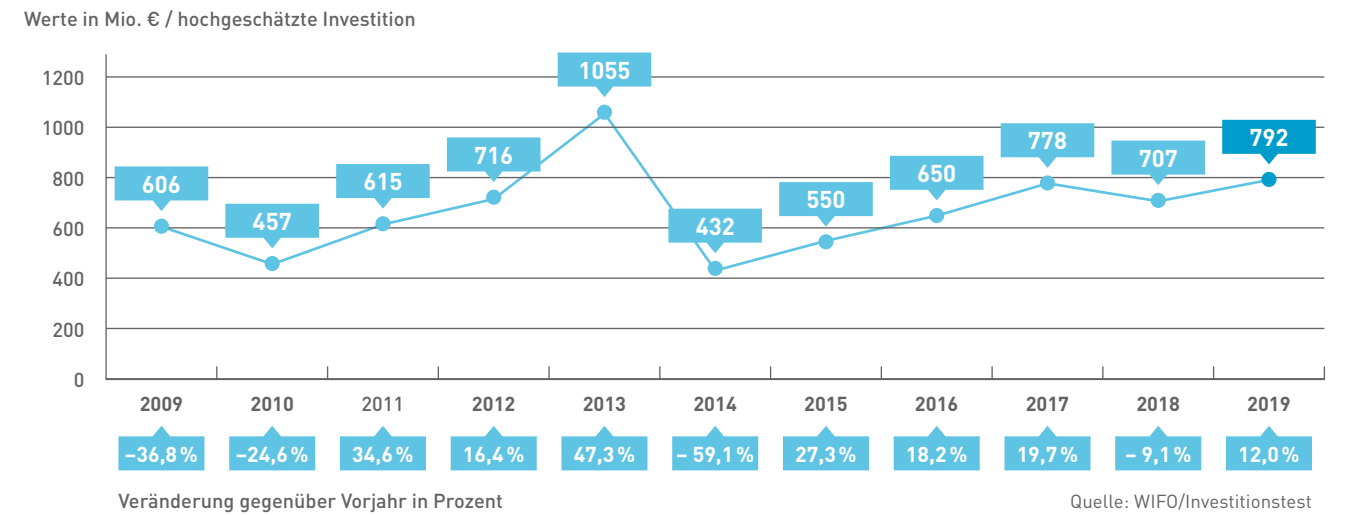
BETRIEBE DER CHEMISCHEN INDUSTRIE 2009–2019



BESCHÄFTIGTE DER CHEMISCHEN INDUSTRIE 2009–2019



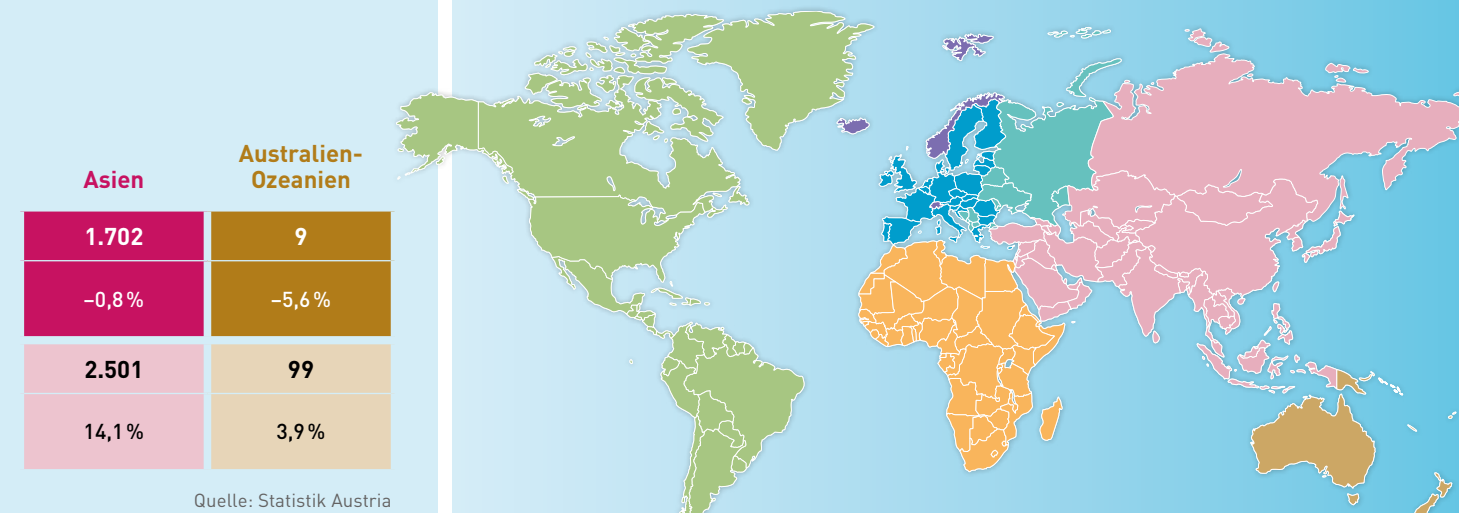
INVESTITIONEN IN DER CHEMISCHEN INDUSTRIE 2009–2019



HANDEL MIT CHEMIEWAREN 2019

Werte in Mio. €

	Gesamt	Intra-EU (27)	EFTA	Übrige Länder Europas	Amerika	Afrika
Einfuhr 2019	26.007	17.707	2.702	305	3.564	17
Veränderung gegenüber Vorjahr	3,7%	2,6%	-2,3%	6,1%	18,9%	-66,7%
Ausfuhr 2019	25.664	16.798	2.292	1.696	2.037	241
Veränderung gegenüber Vorjahr	7,7%	6,7%	13,7%	15,3%	0,1%	-9,4%



GESCHÄFTSVERTEILUNG

GESCHÄFTSFÜHRERIN GESCHÄFTSFÜHRER-STV	Mag. Sylvia Hofinger Dr. Christian Gründling
KOLLEKTIVVERTRAG ARBEITSRECHT	Mag. Kathrin Desch
KOMMUNIKATION	Mag. Dorothea Pritz, Mag. Andreas Besenböck
CHEMIKALIENMANAGEMENT	Chemikalienpolitik: Dr. Christian Gründling
	Chemikalienrecht: Dr. Christian Gründling, Dr. Susanne Gfatter, Dr. Klaus Schaubmayr
	Biozidrecht: Dr. Dominique Schröder
	Verbote, Beschränkungen, wissenschaftliche Bewertung: Dr. Franz Latzko, Dr. Susanne Gfatter
	Biotechnologie/Gentechnik: Dr. Franz Latzko
GESUNDHEIT, SICHERHEIT, UMWELTSCHUTZ, ENERGIE	Lebensmittelrecht: Dr. Franz Latzko
	Luft: Dr. Reinhard Thayer
	Wasser: Dr. Reinhard Thayer
	Abfall: Dr. Susanne Gfatter
	Energie/Klimaschutz: Dr. Reinhard Thayer
	Betriebsanlagenrecht: Dr. Reinhard Thayer
	Sicherheit am Arbeitsplatz: Dr. Christian Gründling
GEFAHRGUTTRANSPORT	Responsible Care: Dr. Dominique Schröder
	Gefahrgutrecht: Dr. Christian Gründling
	Verwaltungsstrafverfahren: Dr. Klaus Schaubmayr
FORSCHUNG, INNOVATION	TUIS: Dr. Christian Gründling
	Dr. Franz Latzko
BILDUNGSFÖRDERUNG	Mag. Dorothea Pritz

BRANCHENBETREUUNG

Aerosole: Dr. Christian Gründling	Kautschukwaren: Dr. Franz Latzko
Austrian Biotech Industry: Dr. Franz Latzko	Kunststoffherzeugung: Dr. Susanne Gfatter
Bauklebstoffe: Dr. Klaus Schaubmayr	Kunststoffverarbeitung: Dr. Susanne Gfatter
Betonzusatzmittel: Dr. Klaus Schaubmayr	Lacke – Farben: Dr. Klaus Schaubmayr
Biokraftstoffe: Dr. Reinhard Thayer	Lebens- und Futtermittelzusatzstoffe: Dr. Franz Latzko
Bitumenemulsionen: Dr. Klaus Schaubmayr	Pflanzenschutz: Dr. Dominique Schröder
Chemiefasern: Dr. Franz Latzko	Pharmazeutika: Dr. Franz Latzko
Dach-, Abdichtungsbahnen: Dr. Klaus Schaubmayr	Technische Gase: Dr. Dominique Schröder
Düngemittel: Dr. Dominique Schröder	Textil-, Leder-, Papierhilfsmittel: Dr. Christian Gründling
Holzschutz: Dr. Klaus Schaubmayr	Waschmittel/Kosmetik: Dr. Christian Gründling

FACHVERBANDSAUSSCHUSS DER CHEMISCHEN INDUSTRIE ÖSTERREICHS

PRÄSIDIUM		Prof. KommR Ing. Hubert Culik, MAS Rembrandtin Lack GesmbH/Fachverbandsobmann
		Dipl.Ing. Dr. Alexander Bouvier Treibacher Industrie AG/Fachverbandsobmann-Stellvertreter
		Dipl.Ing. Helmut Schwarzl Geberit Produktions GmbH & Co KG/Fachverbandsobmann-Stellvertreter
FACHVERBANDSAUSSCHUSS		Mag. Dr. Ilse Bartenstein, G.L. Pharma GmbH
		Dipl.Ing. Roman Eberstaller, SUNPOR Kunststoff GmbH
		KommR Ing. Franz Geiger, Donau Chemie AG
		Dr. Ernst Gruber, Axalta Coating Systems Austria GmbH
		KommR Ing. Wolfgang Haider, Borealis Polyolefine GmbH
		Dipl.Ing. Karl-Heinz Hofbauer, Baxter AG
		Dipl.Ing. Johann Huber, Lenzing Plastics GmbH & Co KG
		Mag. Günter Alexander Klepsch, Senoplast & Co GmbH
		Dipl.-Chem. Michael Kocher, Sandoz GmbH
		Mag. William Nikola Kraguljac, Seletec Plastic Products GmbH & Co KG
		Dr. Richard Anton Kwizda, Kwizda Pharma GmbH
		Wolfgang Lux, Poloplast GmbH & Co KG
		Ing. Jürgen Rainalter, Getzner Werkstoffe GmbH
		Dipl.Ing. Klaus Raunegger, MERCK Kommanditgesellschaft auf Aktien & Co. Werk Spittal
		Mag. Birgit Rechberger-Krammer, Henkel Central Eastern Europe GmbH
		Dipl.Ing. Michael Schleiss, Greiner Perfoam GmbH
		Dipl.Ing. Marco Horst Schlimpert, Lenzing Aktiengesellschaft
		Dipl.Ing. Martin Thaler, Isovolta AG
		Mag. Christian Thonke, Novartis Austria GmbH
		Mag.jur.Dr. Peter Unterkofler, Jacoby GM Pharma GmbH
	Philipp von Lattorff, Boehringer Ingelheim RCV GmbH & Co KG	
	Stefan Welzig, Sanochemia Pharmazeutika AG	
	Dipl.Ing. Dr. Ulrich Wieltsch, Patheon Austria GmbH & CoKG	

Stand April 2020

FACH- UND BERUFSGRUPPENAUSSCHÜSSE

AUSSCHUSS	VORSITZ	ARBEITSGRUPPE
ARBEITGEBERAUSSCHUSS	Mag. Rainer Schmidtmayer	
AUSSCHUSS FÜR GESUNDHEIT, SICHERHEIT UND UMWELTSCHUTZ – RESPONSIBLE CARE	Dr. Christopher Zachhuber	
	Dr. Johannes Stockinger	Chemikalienpolitik
	tbd	Responsible Care
	Ing. Andreas Griebel	Abfallbeauftragte
	Ing. Karl Hofbauer	TUIS
	Ing. Angelika Frauenberger	Transport
	Roland Kormesser	Arbeitsschutz
ARBEITSKREIS KUNSTSTOFFWIRTSCHAFT	Dipl.Ing. Helmut Schwarzl*	
ARGE PHARMA	Dr. Ilse Bartenstein*	
AUSTRIAN BIOTECH INDUSTRY		
ARGE HOLZSCHUTZMITTEL	SC i.R. Mag. Heinrich Kohlmann	
BIODIESEL	Ewald-Marco Münzer, B.A.	
BERUFSGRUPPENAUSSCHUSS KUNSTSTOFFVERARBEITENDE INDUSTRIE	Dipl.Ing. Helmut Schwarzl	
BERUFSGRUPPENAUSSCHUSS PHARMAINDUSTRIE	Dr. Ilse Bartenstein	
BERUFSGRUPPE WASCHMITTEL – KOSMETIK	Mag. Birgit Rechberger-Krammer	
	Mag. Stefan Kukačka	
	Heinz Roscher	Arbeitsgruppe I & I
	Mag. Marlene Hölsken	Waschmittel
	Dr. Alfred Markowetz	Kosmetik
	Dr. Alfred Markowetz	Aerosole
BERUFSGRUPPE LACKINDUSTRIE	Prof. KommR Ing. Hubert Culik, MAS	
	Christian Breitwieser	Lacke und Anstrichmittel
INDUSTRIEGRUPPE PFLANZENSCHUTZ	Dr. Christian Stockmar	
BERUFSGRUPPE BITUMENEMULSIONSINDUSTRIE**	Dipl.Ing. Wolfgang Eybl	
BERUFSGRUPPE DACH- UND ABDICHTUNGSBAHNEN		
BERUFSGRUPPE BAUKLEBSTOFFE	Mag. Bernhard Mucherl	
ÖSTERREICHISCHER ARBEITSKREIS KUNSTSTOFF-FENSTER		

* Vorsitz (alternierend; vom Fachverband)

** Güteschutzausschuss der österreichischen Bitumenemulsionserzeuger

Stand April 2020

KONTAKT



Mag. Sylvia Hofinger

Geschäftsführerin
Telefon: +43 (0)5 90 900-3371
hofinger@fcio.at



Dr. Christian Gründling

stv. Geschäftsführer
Telefon: +43 (0)5 90 900-3348
gruending@fcio.at



Mag. Andreas Besenböck

Telefon: +43 (0)5 90 900-3372
besenboeck@fcio.at



Mag. Kathrin Desch

Telefon: +43 (0)5 90 900-3356
desch@fcio.at



Dr. Susanne Gfatter

Telefon: +43 (0)5 90 900-3369
gfatter@fcio.at



Dr. Franz Latzko

Telefon: +43 (0)5 90 900-3367
latzko@fcio.at



Mag. Dorothea Pritz

Telefon: +43 (0)5 90 900-3364
pritz@fcio.at



Dr. Klaus Schaubmayr

Telefon: +43 (0)5 90 900-3749
schaubmayr@fcio.at



Dr. Dominique Schröder

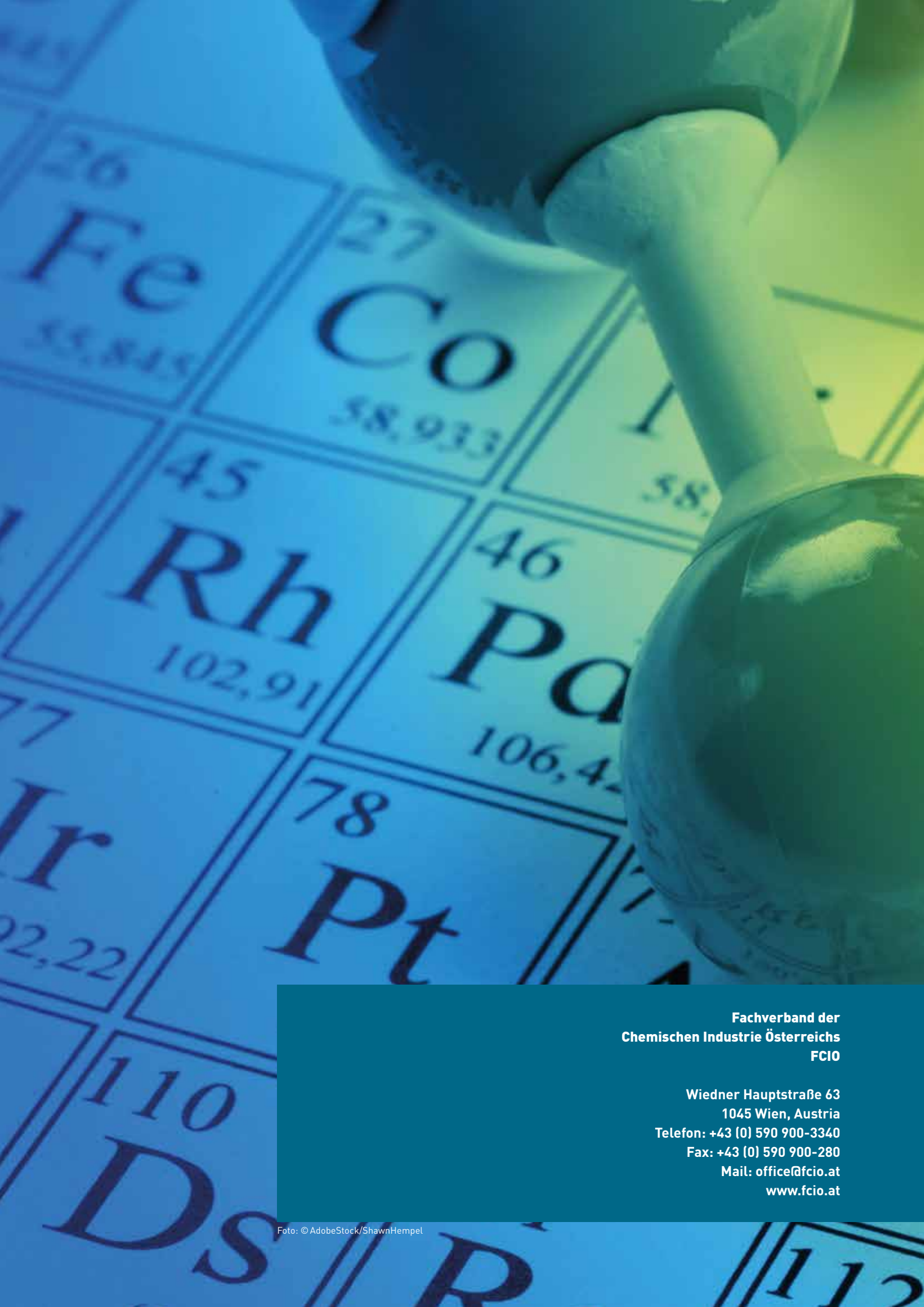
Telefon: +43 (0)5 90 900-3373
schroeder@fcio.at



Dr. Reinhard Thayer

Telefon: +43 (0)5 90 900-3365
thayer@fcio.at

Fotos: © marko's photography



**Fachverband der
Chemischen Industrie Österreichs
FCIO**

Wiedner Hauptstraße 63
1045 Wien, Austria
Telefon: +43 (0) 590 900-3340
Fax: +43 (0) 590 900-280
Mail: office@fcio.at
www.fcio.at